

Lernen aus der  
Geschichte

# LaG - Magazin

Erinnerungsorte in Berlin

zu vergessenen Geschichten

03/2015

25. März 2015

ABI  
August Bebel  
Institut

BERLIN POSTKOLONIAL



Berlin entwickeln  
für Eine Welt

htw. Hochschule für Technik  
und Wirtschaft Berlin  
University of Applied Sciences

ALICE SALOMON  
HOCHSCHULE BERLIN  
University of Applied Sciences



Jüdisches Museum Berlin

BERLIN  
FAF  
Institut für angewandte Forschung Berlin

### Inhaltsverzeichnis

Das Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ .....	5
Medienpädagogisches Konzept des Projekts Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten.....	12
Grußwort. Dr. Yasemin Shooman, Leiterin Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin.....	15
White Myths - Black History: Der Fall der Berliner „Mohrenstraße“ .....	16
Der Berliner Kongress 1878 und die Folgen für Albanien, Bosnien und Herzegowina.....	22
Migration im kolonialen Zusammenhang: Hassan Taufik am Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin 1887–1892.....	26
W.E.B. Du Bois. Ein afroamerikanischer Intellektueller und Aktivist in seiner Zeit.....	28
Erinnerungsorte der asiatischen Diaspora.....	32
Historische Drehscheiben in Berlin.....	35
Osteuropäische Jüdinnen und Juden in Berlin.....	41
Die Erinnerungspolitik Berlins gegenüber der kurdischen Community.....	44
Präsenz von palästinensischen Migrant/innen im öffentlichen Raum von Berlin - Mitte.....	47

Liebe Leserinnen und Leser, wir begrüßen Sie zur Märzausgabe des LaG-Magazins. Sie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit dem Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“. Das Projekt will Geschichten, die bisher keinen Eingang in das kulturelle Gedächtnis gefunden haben sichtbar machen. Es handelt sich dabei um deutsche Geschichten, die auf jene Ereignisse fokussieren, die gerne als Migrationsgeschichten oder fremde Geschichten genannt werden. Hier werden sie in ihrer Verwobenheit mit deutscher Geschichte erzählt.

Die Mehrzahl der Beiträge ist von Wissenschaftler/innen geschrieben, die vertraut sind mit der Erfahrung, als Andere wahrgenommen zu werden und dies in ihrer Arbeit reflektieren. Sie verfügen über biographische oder familiäre Bezüge, die ihnen Sichtweisen auf Geschichte in ihrer globalen Komplexität und Interrelation ermöglichen. Einige Autor/innen sind darüber hinaus in Communities organisiert und können zusätzlich auf deren Narrative zurückgreifen. Die Beiträge vermitteln damit Einblicke in Erinnerungskulturen und Geschichtsnarrative, die in hegemonialen Kontexten sonst wenig beachtet werden.

*Iman Attia* und *Olga Gerstenberger* führen in die Ausgabe ein und stellen das Konzept des Projekts „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten,“ vor.

*Birgit Marzinka* umreißt das medienpädagogische Konzept und stellt Überlegungen zu dessen Realisierung vor.

An diese Einführung schließt sich ein Grußwort *Yasemin Shoomans*, Leiterin der Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin (JMB) an. Das Jüdische Museum ist einer der Partner des Projekts.

Ebenfalls von einem Kooperationspartner, Berlin Postkolonial, stammt ein Beitrag über die „Mohrenstraße“ in Berlin-Mitte. *Christian Kopp* erinnert an die kolonialrassistische Geschichte des Straßennamens und die stetige Weigerung der Mehrheitsgesellschaft diesen umzubenennen.

Mit dem Berliner Kongress von 1878 zur Neuordnung Südosteuropas auf dem Höhepunkt des europäischen Imperialismus und dessen Auswirkungen für Albanien, Bosnien und Herzegowina, befassen sich *Savaş Taş* und *Ozan Keskinkılıç*.

Mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Person von Hassan Taufik befasst sich *Aischa Ahmed*. Der aus Ägypten eingewanderte Taufik war zwischen 1887 und 1892 am Seminar für orientalische Sprachen tätig.

Das Leben des afroamerikanischen Aktivisten W.E.B. Du Bois, der zwischen 1892 und 1894 in Berlin und Heidelberg studierte, ist Thema des Beitrags von *Diane Izabiliza*. Darin weist sie auf die Ambivalenzen von Du Bois, der in den USA als antirassistischer Aktivist tätig hin.

Am Beispiel von zwei Propagandalagern aus dem Ersten Weltkrieg in Zossen-Wünsdorf zeigen *Smaran Daya* und *Noa Ha* Beziehungslinien von Islam und Kolonialpolitik auf.

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Einleitung

*Dogan Akhanlı* erzählt von vergessenen Geschichten rund um die Berliner Hardenbergstraße, die den Genozid an den Armenier/innen, den Selbstmord des kommunistischen Widerstandskämpfers und kurdischen Asylbewerbers Cemal Kemal Altun und das Schicksal der jüdisch-sephardischen Familie Behar berühren.

Die vielfältige Präsenz von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa in Berlin hat im kulturellen Gedächtnis der Stadt kaum eine Erinnerung hinterlassen. Nur wenige Informationstafeln im Stadtraum weisen auf Orte, Treffpunkte und Personen hin. *Ingolf Seidel* hat sich mit diesen Lücken befasst.

Für Teile der kurdischen Community ist das Gedenken an das Mykonos-Attentat von 1992 ein wichtiger Referenzpunkt. *Schluwa Sama* analysiert den selektiven Umgang Deutschlands mit der Anerkennung der kurdischen Verfolgungsgeschichte.

In einer stadtsoziologischen Perspektive befasst sich *Shahd Wari* mit der Präsenz von Palästinenser/innen im öffentlichen Raum des Ortsteils Moabit in Berlin-Mitte.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Texte.

Ein besonderer Dank gebührt *Olga Gerstenberger*, wissenschaftliche Mitarbeiterin von „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“, für die Zusammenarbeit an dieser Ausgabe.

Unser nächstes LaG-Magazin erscheint am 29. April unter dem Titel „Kunst und Geschichte. Künstlerischer Umgang mit NS und Holocaust“.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre,

Ihre LaG-Redaktion

### Das Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“

Von Iman Attia und Olga Gerstenberger

2012 wurde in Berlin das 775. Stadtjubiläum feierlich mit Open-Air-Ausstellungen, Führungen und zahlreichen Veranstaltungen begonnen. Dabei wurde Berliner Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte erzählt. Auf der Webseite zum Jubiläumsjahr heißt es: „Berlin als Stadt der Einwanderung ist eine Stadt der Vielfalt. Ihr Wachstum, ihre Dynamik und Vitalität beruhen seit Jahrhunderten auf Impulsen durch Zuwanderung und kulturellen Austausch“. Damit einher gehende Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung wurde zwar ebenfalls diskutiert, doch erfolgte dies nur punktuell und mit dem im Jahr 2013 anschließenden Themenjahr „Zerstörung der Vielfalt. Berlin 1933-1938“ eng an die Zeit des Nationalsozialismus gekoppelt.

Sosehr auf einer grundsätzlichen Ebene die Neuausrichtung im offiziellen Berliner Selbstverständnis zu begrüßen ist, bleiben doch auch Fragen offen: Wird Stadtgeschichte als globale Verflechtungsgeschichte erzählt oder weiterhin unter nationalgeschichtlichen Gesichtspunkten, die nun lediglich durch Migrationsgeschichten ergänzt werden? Wird Multiperspektivität als Gegenüberstellung verschiedener Nationalgeschichten verstanden oder wird die Verwobenheit und Interrelation historischer Entwicklungen berücksichtigt? Wird Vielfalt unter exotistischen und

ökonomischen Verwertungsaspekten thematisiert oder werden jene rechtlichen, sozialen und politischen Fragen diskutiert, die das asymmetrische Machtgefüge zwischen den Bürger/innen der Stadt begründen? Wird der Perspektive auf Berlin als Metropole in Stadtteilmuseen, öffentlichen Installationen, Gedenktafeln, in der Selbstdarstellung der Stadt Rechnung getragen? Bestehen auch jenseits der Festlichkeiten Erinnerungsorte, die unterschiedliche Narrative auf miteinander verwobene Geschichten thematisieren? Vor allem aber: Welche Geschichten wurden im Rahmen des Jubiläums und aktuell in der Berliner Erinnerungslandschaft aus welcher Perspektive erzählt und welche bleiben weiterhin verschüttet und überschrieben oder werden als fremde präsentiert?

Das Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte“ nähert sich diesen Themen und Fragestellungen durch unterschiedliche Zugänge an. Es erinnert an marginalisierte Geschichte(n), die auf die Präsenzen von People of Color in Berlin verweisen. Die Geschichten thematisieren ihren Alltag und ihre Kämpfe um Definitions- und Handlungsmacht. Sie zeugen von globalen Verflechtungsgeschichten, in deren Zuge Menschen aus verschiedenen Erdteilen nach Berlin kamen oder gebracht wurden. Die Geschichten werden als Teil deutscher und Berliner Geschichte erzählt, die mit den Geschichten anderer Städte und Nationen verwoben ist.

### Globalgeschichte

Europäische Nationalgeschichten zu erzählen zielt üblicherweise darauf, Nation als homogene Einheit zu präsentieren, deren Entwicklung aus sich heraus erklärt wird. Historische Bezüge europäischer Nationen dienen ihnen als Legitimationen, um von sich als quasi natürlich gewachsenen Gemeinschaften zu sprechen. Europäische Nationalgeschichten fokussieren i.d.R. auf positive Ereignisse, sie stellen die Entwicklung der eigenen Nation als Ergebnis von geistigen, kulturellen und materiellen Errungenschaften dar. Vernachlässigt wird dabei, dass europäische Nationalstaaten Grundlage und Ergebnis von kapitalistischen und kolonialen Austauschbeziehungen sind. Insbesondere Nationen, die sich selbst als modern definieren, entwickelten sich im Kontext kolonialer und imperialer Beziehungsgeschichten. Moderne, westliche Gesellschaften sind auf der Grundlage von Eroberung, Ausbeutung und Aneignung verschiedener Ressourcen anderer Gesellschaften aufgebaut. Kolonien dienten und dienen noch als Rohstoff- und Absatzmärkte, aber auch als „Laboratorien der Moderne“.

Das kaiserliche/imperiale Deutschland stellt hierbei keine Ausnahme dar. Im deutschen Kaiserreich spielte Berlin eine zentrale, aktive Rolle in der Neuordnung und Aufteilung der Welt entlang der Interessen der europäischen Großmächte. In Berlin wurden Entscheidungen von globalgeschichtlicher Relevanz getroffen. Exemplarisch stehen dafür zwei um die Jahrhundertwende stattfindende Ereignisse: Der Berliner Kongress

(1878), in dessen Verlauf europäische Großmächte Südosteuropa neu ordneten (siehe hierzu den [Beitrag von Savaş Taş und Ozan Keskinilic](#)) und die Berliner Konferenz (1884), deren Ziel es war, Afrika unter den europäischen Großmächten (neu) unter sich aufzuteilen (siehe hierzu den [Beitrag von Christian Kopp](#)). Die getroffenen Entscheidungen prägen die kolonisierten und die kolonisierenden Gesellschaften bis in die Gegenwart, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen.

### Deutscher Kolonialismus

In den von Deutschland kolonisierten Gebieten, den sogenannten Schutzgebieten Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Deutsch-Ost-Afrika (heute Tansania, Burundi, Ruanda und ein Teil von Mozambique), Deutsch-Westafrika (heute Togo, Kamerun) sowie Gebieten im Pazifik und Kiautschou wurden die Bewohner\*innen, enteignet, unterdrückt, vertrieben oder zur Arbeit gezwungen. Missionar/innen, Geschäftsleute, Reisende, Händler, Farmer/innen u.a. nahmen sich, was ihnen beliebt und spielten sich als Herrenmenschen auf. Sie stahlen, betrogen, schlugen und mordeten und stellten das als Gott gefällig und zivilisiert dar. Mediziner/innen führten Experimente und Vermessungen durch und trugen so entscheidend zur Entstehung eines „wissenschaftlichen“ Rassismus bei. Weder ist die Entwicklung der „Rassenhygiene“, noch die rasche und umfassende Durchsetzung des Sozialdarwinismus im Kaiserreich ohne Berücksichtigung der Kolonialpolitik zu verstehen. Der Aufbau von

Kolonialverwaltung und -wirtschaft, die Vorbereitung auf das Leben in den Kolonien, die Entwicklung von Strategien, um effektiv kolonisieren zu können, benötigten vielschichtiges Wissen über die spezifische Situation von Ort. Hierzu wurden Afrikaner/innen aus den Kolonien nach Berlin angeworben. Nachkommen von Afrikaner/innen, die ehemals als Versklavte nach Berlin verschleppt worden waren, wurden als Mittelsmänner einzusetzen versucht.

Die im Zuge des Kolonialismus sich herausbildenden Fremd- und Selbstbilder über Weiße und Schwarze, die Techniken sozialer Kontrolle und die rassistischen Wissensproduktionen waren mit entsprechenden Bildern und Umgangsweisen mit den im Deutschen Reich lebenden Minderheiten verwoben. Das Nationsverständnis, das zunehmend völkisch und rassistisch begründet wurde, zeigte symbolische und faktische Effekte: Wer als fremd galt, wurde aus der Gemeinschaft ausgeschlossen bzw. zu „inneren Feinden“ gemacht. Dies gipfelte in der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten an Juden und Jüdinnen sowie an Sinti und Roma. Die Menschenversuche an Afrikaner/innen, Zwangsarbeit und Apartheidpolitik, Herrenmenschentum und Reinheitsgebote, der Genozid an den Herero und Nama sind mit der nationalsozialistischen „Rassen-“ und Vernichtungspolitik verwoben. Kolonialismus und Nationalsozialismus können in ihrer ganzen Tragweite erst nachvollzogen werden, wenn ihre Verwobenheit zur Kenntnis genommen wird. Es wird deutlich, dass es sich dabei nicht um Zivilisationsbrü-

che handelt, sondern um Entwicklungen, die eng mit dem verschränkt sind, was als Zivilisation und Moderne bezeichnet wird.

### Erinnerungskulturen

Die Spuren dieser Ereignisse wirken bis in die Gegenwart hinein und gehen mit aktuellen Prozessen neue Verbindungen ein. Sie werden in der bundesdeutschen Erinnerungskultur jedoch nicht gebührend als Teil deutscher Geschichte bearbeitet. Weder wird die globale Verwobenheit von Geschichte berücksichtigt noch finden andere negative Bezüge als die Shoah Eingang in das nationale Geschichtsbewusstsein. Die Erinnerung an die Shoah war keine freiwillige Leistung des postnazistischen Deutschlands. Vielmehr war die Bundesrepublik, nicht zuletzt auch aufgrund jüdischer Interessenvertretungen, aber auch aufgrund internationaler Interventionen, gezwungen, sich mit der Shoah als negativem Bezugspunkt auseinanderzusetzen und die Erinnerung daran in sein nationales Geschichtsbewusstsein und in die bundesdeutsche Erinnerungskultur aufzunehmen. Aber auch der Porajmos, also die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus, der Kolonialismus in Afrika und Asien sowie der Versklavungshandel mit Afrikaner/innen haben die deutsche Gesellschaft nachhaltig bis in die Gegenwart geprägt.

Die Kämpfe um Ressourcen, um Deutungs- und Handlungsmacht, um Überleben und Unversehrtheit fanden auch in Deutschland, auch in Berlin statt. Verschiedene Selbstorganisationen kämpfen zum Teil seit

Jahrzehnten darum, dass an diese Geschichte(n) erinnert wird, und zwar nicht primär oder ausschließlich aus einer imperialen, nationalistischen oder paternalistischen Perspektive. Vielmehr werden Erinnerungskulturen und Erinnerungsorte eingefordert, in denen sich People of Color als Akteur/innen selbst repräsentieren. 2012, also erst 70 Jahre nach dem Porajmos, wird mit der Errichtung des „Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas“ offiziell an den Völkermord erinnert. Dass es überhaupt dazu gekommen ist, ist vor allen Dingen der Bürgerrechtsbewegung von Sinti und Roma und der Beharrlichkeit von Einzelpersonen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verdanken. Auch die zumindest in Ansätzen in Öffentlichkeit und Politik diskutierte Präsenz kolonialer Vergangenheit in Berlin ist der Verdienst von zahlreichen seit Jahrzehnten aktivistischen, politischen und künstlerischen Vereinen und Initiativen. Noch sind ihre Erfolge erst punktuell und werden als Zugeständnisse an Fremde, Eingewanderte diskutiert. Nur selten werden sie als deutsche Geschichte mit all ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit, ihrer nationalistischen Begrenzung bei gleichzeitiger weltpolitischer Einmischung und globalhistorischer Verwobenheit erzählt.

### Vergessene Geschichten

An diesen Überlegungen setzt das Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ an. Es erinnert an jene Ereignisse deutscher

Geschichte, die bislang wenig beachtet wurden und doch wichtige Einsichten in deutsche Geschichte, Gesellschaft und Kultur geben können – und zwar bis in die Gegenwart hinein. Sie werden aus den Perspektiven derjenigen erinnert, die auf Grund der Verwobenheit von Geschichte schon lange in Deutschland präsent sind, aber nach wie vor als „Fremde“ bzw. „Andere“ markiert und thematisiert werden. Im Unterschied zu Zugängen, die sich mit Migrationsgeschichte oder mit Verfolgungsgeschichten in den Herkunftsländern von Eingewanderten beschäftigen, fokussiert das Projekt „Erinnerungsorte“ auf marginalisierte Perspektiven, insbesondere von People of Color, als Teil deutscher Geschichte. Dabei werden Bezüge zu Migrationsgeschichten und Verfolgungsgeschichten in anderen Ländern gestreift. Allerdings bleibt auch hier der Fokus strikt an der Beteiligung Deutschlands bzw. der Verwobenheit mit deutscher Geschichte orientiert.

### Verwobene Geschichte

Verwobenheit wird so zu allererst als Global- und Beziehungsgeschichte verstanden. Sie zielt darauf, die Erzählung nationaler Geschichte als lineare, natürliche Entwicklung und als Containergeschichte aufzubrechen. Die gleichzeitige und verwobene Thematisierung von Globalgeschichte macht es möglich aufzuzeigen, dass Versklavungshandel, Kolonialismus und Nationalsozialismus grundlegend mit der Moderne, mit der Vorstellung eines „ethnisch“ homogenen Nationalstaats und mit Kapitalismus zusammenhängen. So können auch die



oft widersprüchlichen, konflikthaften und widerständigen Prozesse, die damit zusammenhängen, zur Diskussion gestellt werden.

Wir interessieren uns aber nicht nur für historische Ereignisse, in die Deutschland im Sinne von Globalgeschichte verwoben ist. Vielmehr wollen wir auch an Personen und Gruppen erinnern, die bereits seit geraumer Zeit in Deutschland leben, deren Geschichten aber verschüttet bzw. überschrieben wurden. Wir wollen an Personen erinnern, die auf unterschiedliche Weisen versucht haben, Definitions- und Handlungsmacht über ihr Leben zu erlangen und in ihrem Alltag wirksam werden zu lassen, die widerständig waren und sich ihren Platz in der deutschen Gesellschaft geschaffen haben (siehe hierzu den Beitrag von Aischa Ahmed). Es lassen sich Geschichten finden, die People of Color quer zu ihren oder den Herkunftsgeschichten ihrer Vorfahren teilen: Sie machen ähnliche Erfahrungen, kämpfen mit vergleichbaren Ein- und Ausschlüssen, finden die gleichen Umgangsweisen damit. Unterschiede sind den Umständen, aber auch den Persönlichkeiten zu verdanken, nicht den sog. Herkunftskulturen. An entsprechende Biografien wollen wir erinnern, um das Bewusstsein für die Präsenz von People of Color in Deutschland zu fördern, sowie ihre geteilten Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten zu thematisieren. Dies soll nicht zuletzt zu Diskussionen anregen, die am eigenen Alltag und an eigenen Erfahrungen derjenigen anknüpfen, die sich mit den Geschichten und Biografien beschäf-

tigen. Aus der gesellschaftlichen Position von Berlinern of Color heraus wird so in hegemoniale Repräsentationsverhältnisse interveniert bzw. entsprechende Narrative gestärkt. Die Anbindung von Geschichten und Narrativen an Berliner Erinnerungsorte trägt dazu bei, den eigenen Platz in der Stadt und in der Gesellschaft historisch zu legitimieren und in seiner Verwobenheit mit deutscher Geschichte zu begründen. Für Berliner/innen of Color sind empowernde Effekte zu erwarten, für alle Berliner/innen interessante Perspektiven auf die gemeinsame Stadt und Erweiterungen ihres Horizonts.

### Erinnerungsorte

An die geteilten Erinnerungen und verwobenen Ereignisse wird an konkreten Berliner Orten erinnert: Wir greifen dafür das Konzept der Erinnerungsorte auf, um Anhaltspunkte für Erinnerungen zu schaffen. Gleichzeitig verschieben wir die Bedeutung klassischer Konzepte von Erinnerungsorten, indem wir keine neuen Identitäten konstruieren. Vielmehr nutzen wir Erinnerungsorte, um an ihnen den Konstruktionscharakter von nationaler Zugehörigkeit und Identität zu thematisieren und seine ein- und ausschließenden Effekte zu problematisieren. Erinnerungsorte werden so zu Orten, an denen darüber reflektiert werden kann, wie unterschiedlich Gruppenidentitäten hergestellt werden können, welche Ziele sie verfolgen, welche Unterschiede es zwischen hegemonialen und marginalisierten Gruppenidentitäten gibt und welche

Folgen eine Nicht-Anerkennung haben kann (siehe hierzu auch die Beiträge von Schluwa Sama und Shahd Wari). Gleichzeitig wird so thematisiert, was es bedeutet, Erfahrungen, Narrative und Geschichte zu teilen, und zwar im doppelten Sinne, als gemeinsamer (shared) und getrennter (divided). Das Projekt stellt die Verwobenheit wenig bekannter Geschichten heraus, um das nationale Gedächtnis und die Berliner Erinnerungskultur in seiner Widersprüchlichkeit, Komplexität und Vielschichtigkeit anzusprechen und Impulse zur Auseinandersetzung mit globalen, hybriden, ambivalenten Identitätskonstruktionen zu geben.

### Globales Lernen

Die Rechercheergebnisse werden medienpädagogisch aufbereitet. Sie werden in der Bildungsarbeit tätigen Organisationen sowie der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt (siehe hierzu den Beitrag von Birgit Marzinka). Wichtig ist dabei, auch in der pädagogischen Arbeit die globalen Horizonte nationaler Geschichten systematisch zu rekonstruieren und auf diese Weise die Vorstellung nationaler Einheiten als Container aufzubrechen.

Globales Lernen bezieht sich auf Geschichte als Globalgeschichte und wird als Möglichkeit genutzt, Nationalgeschichte und Eurozentrismus zu dekonstruieren. Im Unterschied zu interkulturellem Geschichtslernen werden nicht verschiedene Geschichten anderer Nationen additiv der eigenen Nationalgeschichte hinzugefügt, um Migrant\*innen und ihre historischen

Bezüge zu berücksichtigen. Auch werden nicht verschiedene Narrative zum gleichen Ereignis erzählt, um unterschiedliche Sichtweisen nebeneinander zu stellen. Vielmehr werden nationale Erzählungen irritiert und unterbrochen, indem andere Perspektiven auf sie geworfen werden. Nicht Toleranz (verschiedene Bezüge und Narrative), sondern Auseinandersetzung- und Konfliktfähigkeit sind hier Ziele, nicht Perspektiven als Selbstzweck kennen zu lernen, sondern Interessen an Perspektiven, nicht Differenz steht im Mittelpunkt, sondern der Machtaspekt, die Asymmetrie, die mit Differenz einhergeht, sie hervorbringt, (aus) nutzt etc.

### Literaturempfehlungen

- Assmann, Aleida. (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München.
- Attia, Iman (Hg.) (2007): Orient- und Islambilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Münster.
- Awosusi, Anita (Hg.) (2000): Zigeunerbilder in der Kinder- und Jugendliteratur. Heidelberg.
- Bogdal, Klaus-Michael (2011): Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung. Berlin.
- Conrad, Sebastian / Eckert, Andreas (2007): Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen. Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt. In: Conrad, Sebastian / Eckert, Andreas / Freitag, Ulrike (Hg.): Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen. Frankfurt/Main, S. 7-49.

- Conrad, Sebastian / Randeria, Shalini (2002): Geteilte Geschichten. Europa in einer postkolonialen Welt. In: Conrad, Sebastian / Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main & New York, S. 9-49.
- Conrad, Sebastian / Osterhammel, Jürgen (Hg.) (2006): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914. Göttingen.
- Dietrich, Anette: Weiße Weiblichkeiten. Konstruktionen von „Rasse“ und Geschlecht im deutschen Kolonialismus. Bielefeld: transcript-Verlag 2007
- El-Tayeb, Fatima (2001): Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890-1933. Frankfurt/Main.
- Grosse, Pascal (2000):. Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918. Frankfurt/M.
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim, Basel.
- Osterhammel, Jürgen (2001): Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich. Bonn.
- Popp, Susanne (2013): Globales Lernen und der Geschichtsunterricht, in: POLIS. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 17 (2013), Heft 4, S. 15-17.
- Randeria, Shalini (1999): Geteilte Geschichte und verwobene Moderne. Berlin.
- Zimmerer, Jürgen (Hg.) (2013): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. Frankfurt/M. & New York.

Über die Autorinnen

Prof. Dr. Iman Attia lehrt an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Sie leitet das Projekt „Vergessene Orte“.

Olga Gerstenberger ist Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts.

### Medienpädagogisches Konzept des Projekts Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten

Von Birgit Marzinka

Das Projekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ wird in dieser Magazinausgabe bereits ausführlich von Iman Attia und Olga Gerstenberger vorgestellt. Aus diesem Grund werde ich mich in diesem Artikel auf die medienpädagogischen Vorhaben konzentrieren. Ein Ziel des Projekts ist, neben der Erforschung vergessener und verwobener Geschichten und deren Anwendung in der historisch-politischen Bildungsarbeit, die Entwicklung unterschiedlicher medienpädagogischer Angebote. Wir haben uns dafür entschieden, didaktisches Material zu entwickeln, das möglichst viele Personen erreicht, insbesondere solche, die sich von klassischen Materialien nicht angesprochen fühlen. Wichtig war uns auch, dass die Angebote und Produkte nach Projektablauf weiterhin genutzt werden können.

Im Laufe der Recherchen haben wir festgestellt, dass wir ca. drei Medienprodukte benötigen, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen und unterschiedliche Zugänge zu eröffnen. Die Medienprodukte beziehen sich aufeinander, es ist aber auch möglich, sie unabhängig voneinander anzuwenden. Geplant sind bisher als Formate ein Computerspiel, Touren mit Hilfe der App Actionbound und eine Art Webseite mit dem Content Management System Scalar. Derzeit

konzipieren wir die Medienprodukte, sodass sie in diesem Beitrag erst grob skizziert werden können.

### Computerspiel

Mit dem Online-Spiel möchten wir vor allem jüngere Personen erreichen und solche, die aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zu historischen Themen finden. Ein solcher fehlender Zugang kann damit zusammenhängen, dass die Perspektive von People of Color (PoC) wenig berücksichtigt wird, dass die Materialien wenig ansprechend aufgebaut sind, oder selten an Themen anknüpfen, die für die Jugendlichen relevant sind. Im Spiel wird eine fiktive PoC-Figur auf unterschiedliche historische Personen treffen, die vor allem im Berlin der 1920er Jahre lebten. Bei diesen Begegnungen erfährt die fiktive Hauptfigur etwas über die Biografien der historischen Personen, über historische Orte und den geschichtlichen Kontext. Die fiktive Hauptfigur hat verschiedene Aufgaben zu erfüllen und Entscheidungen zu treffen, um im Spiel weiterzukommen. Ziele des Online-Spiels sind es, andere Zugänge und Perspektiven zu schaffen, die von der Zugehörigkeit von People of Color zur Stadt ausgehen und ihren Alltag thematisieren.

Das Spiel wird im Film Noir Stil gezeichnet, d.h. es werden keine historischen Fotografien bzw. Filmaufnahmen verwendet, sondern die Personen und die Umgebung werden mit starken Kontrasten visualisiert. Dies hat den Vorteil, dass keine Bildrechte gekauft werden müssen,

das Zeichnerische Jugendliche anspricht, der Zeichenstil viele Möglichkeiten zulässt und die Charaktere ausdrucksstark darstellbar sind. Das Spiel wird von einem Team um Prof. Thomas Bremer, Prof. Susanne Brandhorst und Oliver Lankowski von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin entwickelt. Beide sind im Fachgebiet Game Design tätig.

### **Touren auf der App Actionbound**

Da sich alle Erinnerungsorte und Biografien auf Berlin beziehen und größtenteils sogar auf Berlin-Mitte fokussiert sind, ist es möglich Stadttouren bzw. digitale Schnitzeljagden anzubieten. Auf der kostenlosen App Actionbound werden deutschlandweit Touren angeboten, die von Privatpersonen, Gruppen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen etc. erstellt werden. Die Touren oder Bounds, wie sie in der App genannt werden, haben unterschiedliche thematische Ausrichtungen, unterschiedlich viele Stationen und Ziele. Manche haben klare Bildungsziele, andere haben einen deutlicheren Unterhaltungswert und sind für die Freizeit gedacht. Die Touren werden in einem Internetbrowser auf einem Computer oder Laptop erstellt und später über die App gespielt. Actionbound bietet viele Möglichkeiten: So können Aufgaben erfüllt werden, Fragen gestellt, Filme gezeigt oder Audios gehört werden. Manche Touren können alleine unternommen werden, andere wiederum funktionieren nur in der Gruppe.

Die erste von uns entwickelte Tour wird in Berlin-Mitte angesiedelt sein. Wir werden u.a. Stationen an folgenden Orten einplanen: Reichskanzlei, Nachrichtenstelle für den Orient, Lautarchiv, Institut für Orientalische Sprachen und den Neuen Deutschen Verlag von Willi Münzenberg. Wir möchten mit dieser Tour deutsche und europäische Kolonialgeschichte thematisieren, wobei uns nicht nur die historischen Eckdaten interessieren, sondern auch, wie Menschen aus den Kolonien mit ihrer Kolonisierung umgingen. Es werden also Orte, Biografien und historische Ereignisse vorgestellt. Die zukünftigen Nutzer/innen werden Fragen beantworten, Aufgaben erfüllen und Fragen diskutieren. Mit diesem Bound möchten wir Bildungseinrichtungen und Berlinbesucher/innen erreichen, die auf eine etwas andere Art Berlin kennenlernen möchten. Die Touren werden in Kooperation mit Etti-na Zach von Solidaritätsdienst International e.V. erstellt.

### **Eine Art Webseite mit dem Content Management System Scalar**

Mit Scalar können Webanwendungen entwickelt werden, die sich zwischen einer Webseite und einem E-Book bewegt. Es ist möglich, sich auf vorgeschlagenen Wegen durch die Webseite führen zu lassen, aber auch, sich eigenständig von Schlagwort zu Schlagwort zu springen und sich je nach eigenem Interesse auf der Webseite zu bewegen. Mit Scalar können Karten, Videos, Audios, Bilder und Grafiken eingebunden werden. Es ist möglich, Videos zu verschlagworten und mit Kommentaren an

verschiedenen Stellen zu versehen. Auch Literaturangaben können eingebunden werden. Die Anwendung eignet sich sehr gut für die Erstellung von Bildungsmaterialien.

Auf der Webseite werden sämtliche (Hintergrund-) Informationen und Rechercheergebnisse, die im Rahmen des Projekts festgehalten wurden, zur Verfügung gestellt. Wir verstehen die Webseite als eine Art Schatzkiste, in der sämtliche Themen und Aspekte zu finden sind, die im Rahmen des Projekts behandelt und diskutiert werden. So können Nutzer/innen der App und des Spiels zusätzliche Informationen erhalten. Die Webseite entsteht in Kooperation der Teams von der Alice Salomon Hochschule Berlin und der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sowie dem Solidaritätsdienst International e.V.

Da sich das Projekt am Anfang befindet und einige inhaltliche Recherchen noch nicht abgeschlossen sind, ist es möglich, dass es hinsichtlich der Medienprodukte Veränderungen geben wird.

#### Über die Autorin

Die Medienpädagogin Birgit Marzinka ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Alice Salomon Hochschule Berlin im Rahmen des Projekts tätig.

### Grußwort

#### Dr. Yasemin Shooman, Leiterin Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin

Am 10. Oktober 2014 fand in der Akademie des Jüdischen Museums Berlin der erste Expert/innenworkshop im Rahmen des Projekts „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ statt, an dem sich das Jüdische Museum Berlin mit seiner neu eröffneten Akademie als Partner beteiligte. Mit den Akademieprogrammen erweitert das Museum das Spektrum seiner inhaltlichen Schwerpunkte. Im Zentrum stehen die Themen Migration und Diversität, sowie das Verhältnis von Judentum und Islam. Die Programme setzen sich unter anderem mit Deutschland als Einwanderungsland und der damit verbundenen Pluralisierung von Gesellschaft auseinander. Ausgehend von der Aufgabe des Museums, sich der Geschichte und Kultur der jüdischen Minderheit zu widmen, bietet die Akademie auch den Perspektiven anderer religiöser und ethnischer Minderheiten einen Raum. Dabei nehmen die Akademieprogramme nicht nur die Beziehung zwischen Mehrheitsbevölkerung und einzelnen Minderheiten in den Blick, sondern sollen insbesondere den Austausch und die Vernetzung von Minderheiten untereinander fördern. Das schließt auch Fragen der Erinnerungskultur mit ein. Erinnerung wird in Narrativen, also in Erzählungen, hergestellt und weitergegeben. Diese Narrative können übereinstimmen, aber auch miteinander konkurrieren oder sich sogar widersprechen. Neben

hegemonialen Erzählungen existieren also immer auch marginalisierte Perspektiven auf historische Erfahrungen. Das Projekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ versucht, marginalisierten Geschichten im öffentlichen historischen Bewusstsein einen Platz zu geben – ein Anliegen, das auch den Akademieprogrammen des Jüdischen Museums Berlin am Herzen liegt. Denn sich selbst und seine Geschichte im kulturellen Gedächtnis eines Kollektivs repräsentiert zu sehen, ist ein wesentlicher Aspekt der kulturellen Teilhabe. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten.

### White Myths - Black History: Der Fall der Berliner „Mohrenstraße“

Von Christian Kopp

Zahlreiche schwarze und afrikanische Selbstorganisationen in Deutschland fordern mittlerweile die Umbenennung der historischen M-Straße und des gleichnamigen U-Bahnhofs in der Berliner Friedrichstadt. Stattdessen wünschen sie sich die Ehrung einer afrikanischen Persönlichkeit mit Bezug zur Region. Kaum weniger entschlossen verteidigt die weißdeutsche Mehrheitsbevölkerung die zum „Traditionsnamen“ erklärte Bezeichnung. Woher rührt dieses außergewöhnliche Engagement beider Seiten gegen oder für einen Straßennamen? Warum lehnt die Black Community die weitgehend historische Fremdbezeichnung für Schwarze Menschen als rassistisch ab? Und warum bestehen viele Weiße mit solchem Nachdruck darauf, dass der Name dennoch erhalten bleibt? Im Berliner „Straßenkampf“ geht es um zentrale Punkte des historischen Selbstverständnisses – nicht nur für Schwarze, Afrikanerinnen und Afrikaner in diesem Land.

#### „Geschenke“ Musikanten?

Seit Jahren kursieren sowohl in der Presse als auch in der Fachliteratur zwei unterschiedliche Erklärungen zur Entstehung des Straßennamens. Die eine These war bis vor kurzem im Online-Straßennamenlexikon des Luisenstädtischen Bildungsvereins zu lesen. Dort hieß es lapidar:

„Nach den hier einquartierten „Mohren“, die Friedrich Wilhelm I. aus den Niederlanden als Geschenk bekommen hatte und zu Militärmusikern ausbilden ließ.“

Als Benennungsdatum wurde eher vage die Zeit „um 1700“ genannt. Beim Stadtchronisten Friedrich Nikolai heißt es präziser, die Gegend um den Gendarmenmarkt wurde ab 1688 bebaut, die Straßennamen vergab man 1706.

Die Erklärung des Online-Lexikons ging sehr wahrscheinlich auf Hermann Vogts Arbeit „Die Straßen-Namen Berlins“ von 1885 zurück. Sie war wie ihre Quelle gleich in mehreren Punkten fehlerhaft, denn König Friedrich Wilhelm I. regierte erst ab 1713 und die zwölf Jungen afrikanischer Herkunft, von denen hier die Rede war, kamen sogar erst um 1718/19 nach Berlin. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Straße längst ihren Namen.

Über diese Ungereimtheiten hinaus zeugte der Eintrag vor allem von den anhaltend kolonial-rassistischen Sprachmustern und Denkstrukturen weißer Deutscher. Denn hinter den verbal erneut zum „Geschenk“ und zu „Mohren“ Degradierten standen immerhin versklavte und entführte Kinder, deren verbrecherischer „Besitz“, deren „Weitergabe“ und „Empfang“ hier genauso wenig problematisiert wurde wie von Vogt 130 Jahre zuvor.

Schließlich führte die Erklärung insofern in die Irre, als sie den preußischen „Soldatenkönig“ – im Gegensatz zu den Holländern - als passiven „Empfänger“ der Kinder



### Schwarze Präsenzen in Berlin (1682-1715)

porträtierte, dem im Grunde noch zugute gehalten werden müsste, dass er die verschleppten Jungen zu Musikern ausbilden ließ. Gewahrt blieb dabei das bis heute vorherrschende, schmeichelhafte Selbstbild der Mehrheitsbevölkerung von einem Brandenburg-Preußen, dessen Herrscher und Untertanen scheinbar nicht beteiligt waren an der Versklavung von afrikanischen Kindern, Männern und Frauen.

Doch nichts könnte weiter entfernt sein von der Wirklichkeit. Friedrich Wilhelm I. bekam die Jungen keineswegs überraschend „geschenkt“: Bereits wenige Monate nach seiner Krönung, im Jahr 1714, hatte er – wohl vergeblich – bei Rotterdamer Händlern nicht weniger als „160-170 Stück“ afrikanische Jungen als Musikanten für sein Heer bestellt. Im darauffolgenden Jahr ließ er sich durch einen Mittelsmann aus England die „Pfeifer“ Cupido, Pampi und Mercurius sowie das Dienstmädchen Marguerite nach Berlin kommen. Schließlich erreichten die zwölf versklavten Knaben aus Holland Berlin.

Doch die Schwarze Geschichte Berlins beginnt nicht erst mit diesen afrikanischen Kindern, die beim Verkauf der preußischen Kolonialfestung „Groß-Friedrichsburg“ vom „Soldatenkönig“ erhandelt wurden. Vielmehr hängt der Beginn der afrikanischen Diaspora in Berlin ursächlich zusammen mit der Errichtung der Festung – ganze fünfunddreißig Jahre zuvor.

Es war bereits der Großvater Friedrich Wilhelms I., der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, auf dessen Geheiß ab 1683 die bis heute erhaltene Sklavenfestung an der Küste Ghanas erbaut worden war. Während seiner Herrschaft sowie der seines Sohnes Kurfürst Friedrich III., ab 1701 König Friedrich I. in Preußen, verschleppten die Schiffe der Brandenburgisch-Afrikanischen Compagnie knapp 20.000 Menschen in die amerikanische Plantagensklaverei. Möglich wurde das vor allem auch durch die Teilanmietung des Hafens und Versklavungsmarktes von St. Thomas in der Karibik, die 1685 erfolgte. Allein im aktivsten Jahr der Compagnie 1693 wurden so ca. 6.000 Kinder, Frauen und Männer auf bestialische Art und Weise entführt und verkauft – mehr als von jeder anderen europäischen Kolonialmacht in dieser Zeit.

Wie viele afrikanische Menschen bereits während der brandenburgisch-preußischen Kolonialzeit nach Berlin gebracht wurden, ist nicht genau bekannt. Aus den herrschaftlichen Anweisungen wird aber deutlich, dass der Große Kurfürst schon die ersten brandenburgischen Schiffsexpeditionen nach Westafrika in den Jahren 1680 und 1682 beauftragte, neben Versklavten für den direkten Verkauf auch sechs und schließlich sogar vierzig Jungen und junge Männer an seinen Hof nach Europa zu holen.

Kuhlmann-Smirnov und Bäcker schätzen, dass am brandenburgisch-preußischen Hof von diesem Zeitpunkt an etwa fünfundzwanzig bis vierzig Schwarze ständig präsent waren.

Leider sind bislang nur Wenige mit den an sie vergebenen Taufnamen bekannt: u.a. Friedrich de Coussy, der 1681-87 zum Kunstmaler ausgebildet wurde; der 1683 angelehrte Heerespauker Ludwig Beseemann; Friedrich Wilhelm, seit 1686 Lakei, später Kammerdiener und ab 1706 Besitzer einer „Bude“ vor dem Spandauer Tor; seine Söhne Carl Phillip und Philipp Wilhelm, Kammerdiener ab 1710; Friedrich Ludwig, Lakai im Jahre 1711.

Aber auch auf Abbildungen und Gemälden aus der Zeit vor 1717 sind Schwarze bereits mehrfach präsent: So auf dem von Peter Schenk schon 1696-1701 veröffentlichten kolorierten Kupferstich „Schwarzer Militärmusiker am Brandenburger Hof“, so die drei afrikanischen Diener auf dem bekannten Ölgemälde „Tabakskollegium Friedrichs I.“ von Paul Carl Leygebe aus den Jahren 1709/10, so schwarze Dienerinnen und Diener auf Gemälden des Hofmalers Antoine Pesne von 1714 und 1716.

### Wohnort der Versklavten ...

Als die M-Straße 1706 benannt wurde, lebten also versklavte Afrikaner und möglicherweise auch Afrikanerinnen bereits seit mehr als 20 Jahren in Berlin, wo sie in der Regel als „Hof-“, „Leib-“ und „Kammermohren“ bzw. als Musiker zu dienen hatten. Als „Mohren“ wurden die Kinder und

Jugendlichen – wie auf den Gemälden besonders deutlich wird – vor allem für Repräsentationszwecke missbraucht. In exotischen Fantasiekostümen hatten sie Genussmittel und Kolonialwaren zu servieren, auf Wagen und Kutschböcken zu sitzen, dem Heer laut musizierend voran zu marschieren. Von Lohnzahlungen an die Kinder ist nichts bekannt und natürlich war es ihnen auch später als Erwachsene nur mit Erlaubnis ihrer Herren möglich, den Hof zu verlassen oder gar in die Heimat zurückzukehren.

Dass die Straße nach der ihnen zugeordneten Fremdbezeichnung benannt ist, steht außer Zweifel. Nicht ganz klar ist, warum ausgerechnet diese Straße den Namen trägt. Für die Regierungszeit des „Soldatenkönigs“ ab 1713 steht immerhin fest, dass sich dort eine Unterkunft und Ausbildungsstätte für entführte oder gekaufte junge Musiker – vornehmlich aus Afrika und dem Nahen Osten – befand, die als Preußens „Janitscharen“ weithin bekannt wurden. Es gibt darüber hinaus Indizien, dass diese Unterkunft – in etwa an der Stelle der bis heute erhaltenen „Mohrenkolonaden“ – auch schon während der Regierung König Friedrichs I. (1688-1713) existierte. So findet sich dort auf Broebes detailliertem Stadtplan aus dem Jahr 1699, als die Straße schon angelegt aber noch nicht benannt war, eine stattliche „Invalide“, also ein Gebäude zur Unterbringung von kriegsversehrten Militärs. Paulette Reed-Anderson berichtet überdies von einem königlichen Erlass über

die Ausbildung von Afrikanern zu Spielzeugen und Schellenbaumträgern – just zu der Zeit, als die Benennung der Straße vollzogen wurde.

### ... oder Wirtshaus mit afrikanischen Gästen?

Nach all dem muss es einigermaßen überraschen, wenn man von der zweiten, ebenfalls kursierenden Erklärung für den Straßennamen erfährt. Sie findet sich u.a. in Kauperts Online-Straßenführer durch Berlin:

Die Mohrenstraße ist nach einer Delegation afrikanischer Repräsentanten benannt, die im Jahre 1684 vier Monate in einem Gasthaus vor den Toren Berlin einquartiert war. Die Delegation aus der brandenburgischen Kolonie Großfriedrichsburg [...] wurde am Hofe achtungsvoll empfangen und genoss die Gastfreundschaft wie auch andere „fremdländische“ diplomatische Vertretungen. Das Gasthaus befand sich an einem unbefestigten Weg vor den Toren Berlins. Den Weg zum Schloss legten die Delegierten zu Fuß zurück. Dabei riefen sie bei der Berliner Bevölkerung viel Aufmerksamkeit hervor, so dass der Volksmund den Weg zwischen dem Gasthaus und dem Schloss in Mohrenweg taufte. Mit dem weiteren Ausbau der Friedrichstadt um 1700 wird die Straße offiziell in Mohrenstraße umbenannt.

Diese Erklärung geht auf die Thesen des rührigen Kolonialhistorikers Prof. Dr. Dr. Dr. U. Van der Heyden zurück, der die Befürworter einer Umbenennung seit Jahren attackiert und der weißen

Anwohnerinitiative „Pro Mohrenstraße“ als Kronzeuge dient. Trotz seiner zahlreichen Publikationen zum Thema ist der Autor jedoch die konkreten historischen Belege für seine detailreiche Geschichte des Straßennamens bislang schuldig geblieben.

So gab es zwar 1684 – also mehr als 20 Jahre vor der Benennung der Straße - tatsächlich einen Berlinbesuch von Afrikanern aus der Gegend von „Groß Friedrichsburg“. Aber es ist eindeutig belegt, dass der Gesandte Janke (abgesehen von einem Diener) allein und ohne die von van der Heyden gezählten „26 führenden Persönlichkeiten“ nach Berlin reiste, um sich dem brandenburgischen Kolonialherrscher förmlich zu unterwerfen.

Richard Schück, der Herausgeber der Dokumente zur kurfürstlichen Kolonialpolitik, betont vielmehr ausdrücklich, dass bei dieser Gelegenheit nur zwei Westafrikaner nach Berlin reisten und dass außer einer Zahlungsordre an Janke und seinen Begleiter keine weiteren Dokumente zu diesem Besuch der Abgesandten erhalten sind: Über eine Unterbringung in einem Wirtshaus an der späteren Mohrenstraße ist nichts überliefert. Auch sind auf dem historischen Stadtplan von Johann Bernhardt Schultz aus dem Jahr 1688 an der entsprechenden Stelle vor den Mauern Berlins weder ein unbefestigter Mohrenweg noch ein Wirtshaus verzeichnet.

Die Namensklärung in Kauperts Straßenführer entwirft mit ihrer phantasievollen Geschichte ein geradezu harmonisches Verhältnis von Schwarzen

und weißen Menschen während der brandenburgisch-preußischen Kolonialzeit. Der transatlantische Versklavungshandel Brandenburgs und die Entführung afrikanischer Kinder nach Berlin werden mit dieser Erklärung für den Straßennamen komplett aus dem Blick gedrängt. Die koloniale Beziehung zwischen dem Kurfürsten und Janke, und das Verhältnis der Berliner Bevölkerung zur imaginierten großen westafrikanischen Delegation, werden ohne jegliche Quellengrundlage als gleichberechtigt, freundlich und respektvoll porträtiert. Frühneuzeitlicher Kolonialismus, so wird hier suggeriert, war (noch) fair, Diskriminierung und Rassismus gab es damals (noch) nicht, Versklavungshandel und Sklaverei waren (in Brandenburg-Preußen) unbekannt.

### De jure maurorum

Die wohl profundeste Kennerin der Geschichte der Schwarzen Diaspora in Berlin, die schwarze Historikerin Paulette Reed-Anderson, erinnert in ihrem dichten Artikel „Serving the King and the Kingdom – Africans and the Prussian Law in the 18th Century“ daran, dass selbst noch im Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten vom Jahre 1794 – also fast 100 Jahre nach der brandenburgisch-preußischen Kolonialzeit – die Sklaverei keineswegs kategorisch und nur mit einer Reihe von erheblichen Ausnahmen verboten wurde. So waren im Ausland „gekaufte“ Menschen nicht automatisch frei, wenn sie preußischen Boden betraten. Vielmehr waren sie noch so lange an ihren früheren „Besitzer“ gebunden, bis sie ih-

ren eigenen Kaufpreis abgearbeitet hatten. De facto konnte das auf eine jahrelange Fortführung der Sklaverei hinauslaufen. Komplett ausgenommen waren zudem Ausländer, die „ihre“ Versklavten nicht freilassen mussten und nur insofern reglementiert wurden, als es ihnen verwehrt war, diese nach Gutdünken zu erschlagen. Unter dem Titel „Versicherungen“ wurden noch im selben preußischen Landrecht der Schiffshandel mit Tieren, mit verderblichen Gütern und mit versklavten afrikanischen Menschen als Formen des regulären und legalen Handels aufgeführt.

Angesichts dessen wird die Bedeutung der leider nur in einer sehr knappen Zusammenfassung überlieferten Hallenser Disputation „De jure Maurorum in Europa“ (1729) von Anton Wilhelm Amo erkennbar. Neben Nelson Mandela wird der erste Schwarze Gelehrte an einer preußischen Universität von Seiten der Community als passender neuer Namensgeber für die Berliner M-Straße vorgeschlagen. Erstmals in der deutschen Rechtsgeschichte untersuchte ein Akademiker, der selbst als Kleinkind versklavt worden war, die (bis dato weitgehend unbestimmten) Rechte von Menschen afrikanischer Herkunft und sprach sich für deren Gleichberechtigung aus. Amo war damit wohl Preußens erster schwarzer Bürgerrechtler und Abolitionist.

Bleibt zu fragen, warum denn der Straßename und mit ihm das Stereotyp des „Mohren“ von der weiß-deutschen Mehrheit so vehement und oft aggressiv verteidigt wird, dass klar wird, dass es hier

nicht nur um einen beliebigen Namen geht. Helfen kann dabei ein gründlicher Blick auf das unter weißen Deutschen noch immer populäre Markenzeichen von Sarotti, das bis heute in den allgegenwärtigen „Nostalgie-Editionen“ zu finden und durch den Straßennamen inspiriert worden ist. Denn der zum exotischen Fremden und Anderen stilisierte, freudig dienende Boy, verkörpert exakt die kolonial-rassistische Phantasie vom Gegenüber, die weißen Menschen – bis heute – zur Rechtfertigung ihrer traditionellen Macht und Privilegien dient. Die dem Konstrukt unterliegende, verdeckte Gewalt wird nirgendwo deutlicher als in dem alten deutschen Sprichwort: „Wer von einem Mohren wohl bedient sein will, der muss ihn wohl speisen, viel arbeiten lassen und tüchtig prügeln.“

### Literatur:

- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, hrsg. von Hans Hattenhauser und Günther Bernet, 1996
- Amo, Antonius Gulielmus Afer aus Axim in Ghana: Dokumente, Autobiografie, Belege, hrsg. von Burchard Brentjes und Burchard Thaler, 1968
- Becker, Andreas: „Preußens schwarze Untertanen – Afrikanerinnen und Afrikaner zwischen Kleve und Königsberg vom 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert“, In: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 22(2012), S. 1ff.
- Brentjes, Burchard: Anton Wilhelm Amo. Der schwarze Philosoph in Halle, 1976
- Broebes, Jean Baptiste: Die Churfürstliche Brandenburgische Residentz-Stätt Berlin, Cöln, und Friedrichs Werder (Karte von 1699)
- Friedrich, Nicolai: Beschreibung der Königlichen-Residentz-Städte Berlin und Potsdam und allerda-selbst befindlicher Merkwürdigkeiten, 1779
- Gallus, Gottfried Traugott: Geschichte der Mark Brandenburg, Bd. 4, 2. Aufl. 1801
- Kauperts Straßenführer durch Berlin. Online unter: [www.berlin.kauperts.de](http://www.berlin.kauperts.de)
- Kopp, Christian: „‘Mission Moriaen‘ - Otto Friedrich von der Gröben und der brandenburgisch-preußische Sklavenhandel“, 2009.
- Kuhlmann-Smirnov, Anne: Schwarze Europäer im Alten Reich, 2013
- Luisenstädtischer Bildungsverein e.V.: Berlin von A bis Z - Straßennamenlexikon.
- Reed-Anderson, Paulett: Menschen, Orte, Themen – Zur Geschichte und Kultur der Afrikanischen Diaspora in Berlin (2013)
- Schück, Richard: Brandenburg-Preußens Kolonial-Politik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern (1647-1721), 1889.
- Schultz, Johann Bernhard: Residentia Electoralis-Brandenburgica (Karte, 1688)
- van der Heyden, Ulrich: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – Der sträfliche Umgang mit der Geschichte in der deutschen Hauptstadt“, In: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs 2014, S. 247ff
- Vogt, Hermann: Die Straßen-Namen Berlins. Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft 22, Berlin 1885
- Wanders Deutsches Spruchwortlexikon, 1873.

#### Über den Autor

Christian Kopp ist ein (weißer) Historiker bei Berlin Postkolonial e.V. Als Fachreferent für Dekolonisierung im Berliner Promotorenprogramm ist er mit der Unterstützung und Vernetzung von Initiativen zur öffentlichen Auseinandersetzung mit Berlins kolonialrassistischer Geschichte und Gegenwart betraut. Die Schwerpunktthemen seiner Arbeit sind der brandenburgisch-preußische Versklavungshandel, der Genozid an den Herero und Nama sowie der transkulturelle Dialog über geraubte Kulturschätze und human remains.

## Der Berliner Kongress 1878 und die Folgen für Albanien, Bosnien und Herzegowina

Von Savaş Taş und Ozan Keskinliç

Der europäische Imperialismus fand in Berlin einen Schauplatz und Knotenpunkt globaler Machtkämpfe und erreichte mit dem Berliner Kongress 1878 zur Neuordnung Südosteuropas einen Höhepunkt. Die zunehmenden Aufstände in Südosteuropa sowie der russische Siegeszug gegen das Osmanische Reich gipfelten am 13. Juni 1878 in einen Wettkampf am Berliner Verhandlungstisch. Das Ereignis hatte, wie die Beispiele Albanien, Bosnien und Herzegowina zeigen, eine zentrale Bedeutung für die territoriale Neuordnung Südosteuropas, eine Region, die in der öffentlichen Wahrnehmung unter dem Begriff „Balkan“ mit Krise, Gewalt und Konflikt negativ besetzt ist.

Ende des 14. Jahrhunderts drangen osmanische Truppen zum ersten Mal in die albanisch besiedelten Länder vor. Die osmanische Eroberung geschah etappenweise und war erst Jahrzehnte später abgeschlossen. Für die albanischen Kreise wurde die nationale Frage zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von San Stefano 1878 evident. Das russische Friedensdiktat hätte Teile des albanischen Siedlungsgebietes unter die Herrschaft der Staaten Bulgarien und Montenegro gestellt. Dagegen formierte sich albanischer Widerstand erstmals auf nationaler Basis. Im Frühjahr 1878 bildeten einflussreiche Albaner in

Istanbul ein geheimes Komitee, um den Widerstand ihrer Landsleute zu organisieren. Auf Initiative dieses Komitees bildete sich die Organisation "Liga von Prizren". Sie bemühte sich Truppenverbände zu bilden, die das albanische Siedlungsgebiet gegen Aufteilung und die Ansprüche fremder Mächte verteidigen sollten. Des Weiteren erstrebte die Liga die Bildung eines autonomen albanischen Verwaltungsbezirks innerhalb des Osmanischen Reiches. Die osmanische Regierung unterstützte die Liga gegen den Einfluss von Russland auf dem Balkan.

Um eine neue Ordnung des Balkan zu etablieren, lud Bismarck Vertreter der Großmächte Österreich-Ungarn, Russland, Frankreich, Italien, Großbritannien und des Osmanischen Reiches in den Festsaal der alten Reichskanzlei in der Wilhelmstraße in Berlin ein. Die neuen territorialen Grenzziehungen hatten fatale Auswirkungen auf die Region und sprachen Souveränität und Selbstbestimmung ab. Bismarck behauptete im Einklang mit der osmanischen Negation der albanischen Identität, dass Albanien lediglich ein Begriff auf der Landkarte sei. Albanische Vertreter wurden nicht zum Berliner Kongress eingeladen. Aufgrund dessen sandte die albanische Organisation Liga von Prizren ein Memorandum an die Vertreter der Großmächte beim Berliner Kongress 1878, worin sie verlangte, dass das gesamte albanische Siedlungsgebiet als autonome Provinz unter osmanischer Herrschaft bleiben solle. Der Kongress ignorierte diese Forderung und Reichskanzler

Otto von Bismarck behauptete, dass eine albanische Nation gar nicht existiere, weshalb eine derartige Forderung irrelevant sei. Die vom Berliner Kongress vorgeschlagenen Grenzen zu Montenegro und die Angst, dass das ganze Epirus (das Gebiet gehört heute teils zu Griechenland, teils zu Albanien) an Griechenland fallen könnte, löste blutige Aufstände der Albaner/innen aus, die mehr oder weniger von der Liga gesteuert und von ihren Truppen getragen wurden. Zum Teil wurden Albaner/innen von der Hohen Pforte mit Waffen ausgerüstet. Zeitweise kontrollierten die Verbände der Liga das umstrittene Gebiet. Hier und dort wurden die Grenzen auch aufgrund des Widerstands zu Gunsten des Osmanischen Reiches und damit der Albaner/innen verändert. Nachdem die Grenzfrage geklärt war, neigte die Liga von Prizren verstärkt ihrer innenpolitischen Forderung nach Autonomie. Die osmanische Regierung entsandte eine Armee nach Albanien, die die Truppen der Liga zerstreute. Nach der Zerschlagung der Liga von Prizren gab es für zwei Jahrzehnte keine politische Bewegung der Albaner/innen mehr. Die albanischen Aktivisten und Intellektuellen, die um die Rechte des albanischen Volkes kämpften, wurden durch das osmanische Regime unter Druck gesetzt.

Die jahrhundertelange osmanische Vorherrschaft hat sich auch in das kollektive Gedächtnis Bosniens und Herzegowinas eingebrannt. Neben aktiven Einzelkämpfer/innen im Alltag entwickelten sich kollektive Widerstandsformen und Narrative über Freiheit und Patriotismus. Angetrieben von

nationalen Befreiungsbewegungen und dem wachsenden Druck unter erhöhten Steuerabgaben brachen 1875 in Bosnien und Herzegowina Aufstände gegen die osmanische Herrschaft aus, der sich auch Serbien und Montenegro anschlossen. Russland, die selbsternannte Schutzmacht christlich-orthodoxer Bevölkerungsgruppen, unterstützte lokale Aufstände und weitete 1877 seine militärische Intervention, mit dem Ziel, das osmanische Herrschaftsterritorium zu verringern und den eigenen Einflussraum zu erweitern, aus. Österreich-Ungarn sah sich im zunehmenden Expansionsdrang der russischen Großmacht bedroht. Die politischen Abwehrinteressen (auch auf die Gefahr regionaler Machtausbreitung Serbiens, die die Einheit und Stabilität des Vielvölkerstaats herausforderte) und imperial-kolonialistischen Expansionsambitionen der Habsburgermonarchie fanden im Berliner Kongress 1878 das notwendige diplomatische Gerüst, den russischen Einfluss einzudämmen und an der sogenannten „Orientkrise“ im schwächelnden Osmanischen Reich zu profitieren. In Berlin wurden die Machtverhältnisse in Südosteuropa neu verhandelt. Mit dem Zuspruch der imperialen Großmächte, wurde Österreich-Ungarn der militärische Weg nach Bosnien und Herzegowina eröffnet. Im Artikel 25 des 1878 unterzeichneten Berliner Vertrages wird Österreich-Ungarn die Besetzung und Verwaltung Bosniens und Herzegowinas zugesprochen. Nichtsdestotrotz unterlag die Verwaltung des von der Habsburgermonarchie besetzten Sandschak von

Novibazar weiterhin dem Osmanischen Reich. Das betroffene Gebiet trennt Serbien und Montenegro. Damit sollte eine prussische Machtbildung in Südosteuropa durch die Vereinigung der Provinzen verhindert werden. Die Absegnung durch den Berliner Kongress führte keinesfalls zu einer friedlichen Besetzung. Mit der Okkupation Bosniens und Herzegowinas ging ein blutiger Widerstandskampf einher. 72.000 Soldaten der Doppelmonarchie marschierten im Auftrag Österreich-Ungarns in Bosnien und Herzegowina ein. In Sarajevo lieferten sich österreich-ungarische Streitkräfte und muslimische Guerillakämpfer/innen einen erbitterten Kampf um die Stellung der Stadt. Trotz des unermüdlichen Widerstandes unterlagen die Bewohner/innen Sarajevos der ihr zahlenmäßig wie militärisch überlegenen Besatzungsarmee. Die bosnische Hauptstadt wurde innerhalb weniger Stunden erobert.

Mit der Besetzung Bosniens und Herzegowinas gingen im Zuge der Balkanpolitik der Doppelmonarchie zur Eindämmung russischer Expansion vertiefte Beziehungen zu Rumänien einher. In den kommenden Jahren wuchsen hingegen die Spannungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, auch Italien und Russland nahmen in ihrer Balkanpolitik neuen Aufschwung. Der Höhepunkt österreich-ungarischer Bestrebungen als Regionalmacht fand sich 1908, zum Ärgernis Serbiens und Russlands, in der Angliederung Bosniens und Herzegowinas an die Habsburgermonarchie. Die folgenden Jahre waren von machtpolitischen



Auseinandersetzungen gegenüber dem stark geschwächten Osmanischen Reich gekennzeichnet und führten in Folge des Großangriffes von Seiten Serbiens, Montenegros, Bulgariens und Griechenlands gegen das Osmanische Reich 1912/13 zum Ersten Balkankrieg. Serbiens Expansionsinteressen zu einem südslawischen Großreich bekam weiteren Aufschwung und feuerte nationalistische Erzählungen an, denen Österreich-Ungarns Einfluss in Südosteuropa ein Dorn im Auge war. Die Habsburgermonarchie sah in der Unabhängigkeit Albaniens 1912/13 eine Chance, den serbischen Expansionsdrang entscheidend zu schwächen. Vorangetrieben durch den Berliner Kongress und die aufsteigenden Konflikte um die territoriale Neuordnung der Balkanhalbinsel eskalierte die Situation 1914 mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand, der von serbischen Nationalisten ermordet wurde. Der Erste Weltkrieg brach aus.

### Literaturempfehlungen

- Adanir, Fikret (2006): Bevölkerungsverschiebungen, Siedlungspolitik und ethnisch-kulturelle Homogenisierung: Nationsbildung auf dem Balkan und in Kleinasien, 1878-1923. In: Hahn, Sylvia; Komlosy, Andrea; Reiter, Ilse (Hg.): Ausweisung – Abschiebung – Vertreibung in Europa 16. – 20. Jahrhundert. Studienverlag: Wien. S.172-192.
- Hörsch, Edgar (2004): Geschichte des Balkans. Verlag C.H. Beck: München.

### Über die Autoren

Dr. Savaş Taş ist Sozialwissenschaftler und arbeitet aktuell als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rahmen des IFAF-Praxisforschungsprojekts „Erinnerungsorte - vergessene und verwobene Geschichten“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin.

Ozan Keskinliç studiert Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und ist Mitarbeiter im IFAF-Praxisforschungsprojekt „Erinnerungsorte – Vergessene und verwobene Geschichten“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin.

### Migration im kolonialen Zusammenhang: Hassan Taufik am Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin 1887–1892

#### Von Aischa Ahmed

Mit der Dampfeisenbahn, der „Vapour“, begann Hassan Taufik am 10. September 1887 seine Reise von Kairo nach Berlin. Im Auftrag des Khediven Ismail Pascha wurde er ausgewählt, um am neu gegründeten Seminar für Orientalische Sprachen zu Berlin (SOS) „Arabisch mit besonderer Berücksichtigung des Dialects von Ägypten“ zu unterrichten. Innerhalb von zehn Tagen gelangte er an sein Ziel. Die von ihm verfassten Reisebeschreibungen unter dem Titel, „Die Reise des Herrn Hasan Tawfīq al-‘Adl“ (Tawfīq 2008), die er in den Folgejahren über seine Erfahrungen in Deutschland und der Schweiz verfasste, zeichnen ihn als privilegierten Reisenden im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts aus. Doch er war nicht allein ein Reisender, sein Buch bietet auch eine Bestandsaufnahme der deutschen Gesellschaft zur Zeit seines Aufenthalts ergänzt durch soziologische und historische Analysen. Es gehört zu den wenigen Zeugnissen dieser Zeit, die eine migrantische und außereuropäische Perspektive auf das imperiale Deutschland bieten.

Taufiks Geschichte ist beispielhaft für die Ambivalenz und Komplexität der kolonialen Situation. Ägypten stand seit 1882 unter britischer Mandatsherrschaft, was einer quasi formellen Herrschaft über das Land gleichkam. Das Deutsche Reich

wiederum war 1887 mehr als zwei Jahre nach Verabschiedung der General-Akte der Kongokonferenz und weiteren Folgeverträgen dabei, sich im kolonialen Wettlauf wirtschaftliche und kulturelle Einflussphären global zu sichern. In Ägypten waren deutsche Unternehmen und Ingenieure schon vor der Reichsgründung vielseitig aktiv, besonders im Bereich der „Dampfkultur“, dem Einsatz von Dampfpflügen in der Landwirtschaft, als auch beim Bau des Suezkanals. Deutsche Schulen und Missionen rundeten die informelle Einflussnahme ebenso ab wie der Aufbau der Khedivial-Bibliothek durch einen deutschen Bibliothekar des Seminars für Orientalische Sprachen.

#### „Seminar für Orientalische und koloniale Studien“

Bis heute herrscht eine auffallende Zurückhaltung darüber, deutsche Interessen im arabischsprachigen Raum zur Zeit des Hochimperialismus als koloniale Einflussnahmen zu beschreiben. Dabei bezeichnete bereits der erste Leiter des Seminars für Orientalische Sprachen (SOS), Eduard Sachau, die theoretischen wie auch praktischen Zielsetzungen der Lehre, die an seinem Institut durchgeführt wurde, als kolonial.

Hassan Taufik arbeitete fünf Jahre lang in der „Alten Börse“, dem ersten Sitz des SOS, auf dem Terrain nördlich vom Dom gegenüber dem Museum, mit der Rückseite zur Spree. Er erhielt am SOS den Status eines Lektors, ebenso wie sein

syrisch-arabisch-sprachiger Kollege Amin Ma'arbes und die Lektoren für Chinesisch, Kuei Ling und Pan-Fei-Shing. Sie wurden eingesetzt, um Übungen zu geben und einen der deutschen Orientalisten, zumeist in der Position eines Professors, in der Lehre zu unterstützen. Neben Taufiks Reisebeschreibungen sind allein von Nasur ilOmeiri, dem Lektor für Suaheli, Veröffentlichungen erhalten: autobiographische Aufzeichnungen über sein Leben in Berlin. Herausgegeben wurden diese Schriften von dem ihm zugeordneten Afrikanisten, Gottfried Büttner. Schon seit der Gründung des Instituts gab es Kolonialkurse und ein Lehrangebot der Sprachen, die in den formellen deutschen Kolonien gesprochen wurden: zunächst Suaheli, später kamen Ewe, Twi, Nama, Herero, Ovambo und weitere Sprachen hinzu. Insgesamt war es die Aufgabe der Lektoren, ihr Wissen für die Ausbildung von Kolonialbeamten, Anwärtern des Auswärtigen Dienstes, Militärangehörigen und schließlich Vertretern der Post- und Telegraphenverwaltung zu vermitteln. Die jeweils hauptverantwortlichen Orientalisten und Afrikanisten wiederum veröffentlichten reihenweise Schriften, in denen nur in Einzelfällen die Mitarbeit der primärsprachlichen Gelehrten markiert ist. Hassan Taufik hatte vor seiner Tätigkeit am SOS in Kairo an der Al-Azhar Universität studiert und am Dar-al-'Ulum, am Haus der Wissenschaften. Er sollte in Berlin ägyptisches Arabisch lehren. Doch bestand sein Auftrag nicht allein darin, den deutschen Studierenden eine Fremdsprache zu vermitteln und eine seiner

Bildung entsprechende Tätigkeit als Gelehrter auszuüben. Laut seinem Arbeitsvertrag hatte er während des Unterrichts eine arabische Tracht zu tragen und somit den zeitgenössischen Vorstellungen eines Arabers, Ägypters, „Orientalen“ auch visuell zu entsprechen. Diese Bezeichnungen waren austauschbar.

### Eine andere Lesart

Es gibt weitere Quellen, die punktuell Taufiks Präsenz in Berlin kenntlich machen. Sei es, indem er das Totengebet für seinen früh verstorbenen Kollegen am SOS Sleman bin Said sprach oder – weitaus häufiger – indem er durch Übersetzungen und Schenkungen kultureller Güter den zuvor erwähnten stereotypen Vorstellungen zuarbeitete.

Diese Vorgänge lassen Taufik als opportunistisches Rädchen im hegemonialen Getriebe erscheinen, ein „native informant“ im eindimensionalen Sinne. Ein genauerer Blick auf Taufiks Schriften ermöglicht jedoch Lesarten, die kritische Töne offenbaren. So beschrieb er die Berliner Museumslandschaft und die Repräsentationszwecke, die diese für das Kaiserreich erfüllte, als Teil eines machtbesessenen Selbstverständnisses der jungen Kolonialmacht. In seiner historischen Schilderung der Aneignung außereuropäischer Einflussgebiete durch die europäischen Mächte kritisiert Taufik mit Bezug auf die frühneuzeitliche Eroberung der „Länder Mexikos“ durch Spanien den Raub und die Zerstörung von Büchern, Schriften, Kulturgütern und Geschichte jener Gesellschaften. „Wenn es möglich

gewesen wäre, hätten sie sogar die Pyramiden mitgenommen,“ (Taufiq 2008:277) folgert er sarkastisch – der Bezug zum Ägypten seiner Zeit ist deutlich. Doch dieser kritischen Töne zum Trotz schließt er diesen Passus, indem er die Wissensaneignung und die Interessen der europäischen Mächte preist. Eine andere Lesart als die Fortsetzung des hegemonialen Narrativs ist möglich, wenn die Zwischentöne und mehrdeutigen Zusammenhänge berücksichtigt werden.

Hassan Taufik starb 1904 plötzlich und unerwartet in Cambridge, seiner letzten Wirkungsstätte als Lektor für Arabisch. Im *Journal of the Royal Asiatic Society of Great Britain and Ireland* erschien ein Nachruf, der Taufiks Auszeichnungen für seine Tätigkeit am SOS in Berlin hervorhebt. In Berlin selbst gab es keine entsprechende Resonanz. In den deutschen Quellen sucht man eine Anerkennung von Taufik als Wissenschaftler vergebens.

Die Schreibweise des Namens Hassan Taufik im Fließtext orientiert sich an der von ihm selbst genutzten offiziellen Schreibweise, die sich z.B. auch in dem von ihm verwendeten Briefkopf findet.

### Über die Autorin

Aischa Ahmed ist Geschichts- und Kulturwissenschaftlerin, promoviert im Fach Neuere Geschichte an der FU Berlin zum Thema „Arabische Präsenzen in Deutschland von 1871 bis 1945. Eine Studie zu Migration, Ethnizität und Gender“. Forschungsschwerpunkte: Migrationen, Orientalismen und Erinnerungskulturen.

email: [aischa.ahmed@fu-berlin.de](mailto:aischa.ahmed@fu-berlin.de)

## W.E.B. Du Bois. Ein afroamerikanischer Intellektueller und Aktivist in seiner Zeit

Von Diane Izabiliza

William Edward Burghardt Du Bois gehört wohl zu den einflussreichsten und wirkmächtigsten Afroamerikaner des 20. Jahrhunderts. Seine zahlreichen Werke und seine aktivistische Arbeit für die Bekämpfung von Rassismus sind noch heute eine wichtige Wissensressource. Als Soziologe, Historiker, Philosoph und Pan-Afrikanist prägte und prägt er viele Menschen.

Du Bois erblickte am 23.02.1868, genau drei Jahre nach der Abschaffung der Versklavung, in Great Barrington, Massachusetts, das Licht der Welt.

Dies hatte folgenreiche Auswirkungen auf sein Leben als Afroamerikaner und seine Arbeit in der US-amerikanischen Gesellschaft.

Die damaligen politischen Verhältnisse schlossen ganz explizit Schwarze von Bildung aus, das heißt, dass trotz der Abschaffung der Sklaverei der staatlich verankerte Rassismus weiterhin mit aller Stärke praktiziert wurde.

Im Hinblick darauf können noch etliche weitere rassistische Praktiken genannt werden. Beispielsweise gehörten Selbstjustiz und öffentliche Hinrichtungen Schwarzer Menschen in einigen Teilen der USA zur gängigen Praxis.

In dieser Atmosphäre der Angst und

Unterdrückung gelang es Du Bois, entgegen allen äußeren Erschwernissen, einen akademischen Werdegang anzutreten und in seiner Rolle als Aktivist, dem Rassismus entgegenzutreten.

### Werdegang und Berliner Jahre

Nachdem Du Bois die High School mit exzellenten Noten abgeschlossen hatte, fing er sein Studium an der Fisk University, in Nashville, Tennessee an.

Im Anschluss an seinen Bachelor-Abschluss verfolgte Du Bois ein weiteres Studium an der Eliteuniversität Harvard. Dort wurde er von einem Professor ermutigt, sich für ein Auslandsstipendium der Slater Fund Stiftung zu bewerben.

Dieser Schritt führte ihn nach Deutschland, genauer gesagt nach Berlin und Heidelberg.

Berlin und im Besonderen die Friedrich-Wilhelms Universität (heutige Humboldt Universität zu Berlin) hatten es dem jungen Du Bois angetan. Nicht nur, weil seine Wunsch-Universität einen hervorragenden Ruf hatte, sondern auch, weil Du Bois seit seinem Studium immer wieder wissenschaftliche Anknüpfungspunkte zu Deutschland hatte.

In Berlin angekommen war die Begeisterung groß, nicht nur für die Universität sondern auch für die neuen Lebensperspektiven, die ihm sein Aufenthalt außerhalb der USA bot. Er sagte: „Als ich 1892 nach Deutschland kam, befand ich mich außerhalb der amerikanischen Welt und konnte sie von außen betrachten“.

In dem Zeitraum von 1892 bis 1894 studierte er mit großer Leidenschaft Soziologie, Ökonomie, Geschichte und politische Theorie.

Während seiner Studienzeit in Berlin, seinen so genannten „Berlin days“, setzte er sich, angeregt durch seine Professoren, verstärkt mit sozialen und ökonomischen Veränderungsprozessen auseinander. Unter seinen Professoren fand er geistige Verbündete. Insbesondere imponierte ihm die Gruppe der „Verein“, deren Leitung Gustav Schmoller mit der Zeit übernahm. Die Gruppenmitglieder speisten sich aus Vertretern der Berufsvereinigung für Wirtschaftswissenschaftler, einem Forschungsinstitut und einer Organisation zur Förderung von Reformen. Ihr Ziel war es, die Eliten mit ihrem Engagement für die Integration der Arbeiter/innenklasse zu gewinnen.

Du Bois erachtete diesen Ansatz auch für die USA als durchaus praktikabel, so dass die Zugehörigkeit zum „Verein“ eine besonders bereichernde Erfahrung für ihn darstellte, auch im Hinblick auf den Kampf gegen Rassismus und für die gleichberechtigte Teilhabe aller Schwarzer Menschen in den Vereinigten Staaten.

### Rückkehr in die USA

Nachdem dem jungen Studenten weiterer Aufenthalt in Deutschland verwehrt worden war, kehrte er wieder in die USA zurück.

Dort schrieb er seine Doktorarbeit über den transatlantischen Sklavenhandel, für die ihm als erstem Afroamerikaner die Doktorwürde in Harvard verliehen wurde.

Getrieben von seinem großen Wunsch, die Lebenssituation der Schwarzen Bevölkerung zu verändern und somit das Problem des 20. Jahrhunderts zu bekämpfen, gründete Du Bois verschiedene Gruppen und Initiativen. Seines Erachtens nach lag das Problem in der „Rassentrennung“. Während der ersten Panafrikanischen Versammlung in London im Jahr 1900 sagte er: „(...) the problem of the twentieth century is the problem of the colorline“.

Diese pointierten Benennungen eines schwerwiegenden Problems sollten ihm immer wieder heftige Kontroversen einhandeln.

Die erste Gruppe, die er gemeinsam mit weiteren Schwarzen Intellektuellen gründete, war die „American Negro Academy“. Damit legte er einen Grundstein für das erste Institut für Schwarze Kunst und Literatur.

Weitere Gruppen, wie die „National Association for the Advancement of Colored People“ (NAACP) folgten .

Dank seiner Begabung für das Schreiben, gelang es ihm in dem NAACP Magazin „The Crisis“ mehrere von Erfolg gekrönte Essays herauszugeben. Dieses Magazin war und ist weiterhin dafür bekannt, seine Leser\_innen durch vielseitige Artikel über die Lebenssituation von Afroamerikaner\_innen und anderen Menschen of Color in den USA aufmerksam zu machen. Eine der Mitarbeiter\_innen war, aus gutem Grund, die Aktivistin Rosa Parks.

Zusätzlich zu seinem Aktivismus hielt Du

Bois Vorlesungen als Professor an einigen Universitäten in den USA.

Dank seines Bekanntheitsgrades und der damit verbundenen breiten Hörer\_innenschaft, konnte er seine Ideen, sein Wissen, seine Forderungen und Kämpfe um Zugehörigkeit und Rechte einer breiten Masse zugänglich machen. Dies ist insofern wichtig, da bis dahin nur über Schwarze Menschen gesprochen wurde, aber Schwarze Menschen nicht über dieselben Möglichkeiten verfügten, um sich Gehör zu verschaffen.

Seine klare Positionierung, aber vor allem die rassistische Gesetzgebung dieser Zeit, stellten seine Arbeit immer wieder in Frage. Schikanen sowie staatliche Sanktionen, wie beispielsweise der erschwerte Zugang zur Harvard Universität, lassen sich in seinem Leben immer wieder feststellen.

Dieses kurze Porträt zeigt uns den Werdegang einer starken Persönlichkeit. Die Frage, die sich nun stellt, lautet: „Was können wir aus seinen Werken und seinem Leben lernen?“ „Was bringt es uns, uns mit W.E.B. Du Bois auseinander zu setzen?“

Ein wichtiger Aspekt ist mit Sicherheit sein Durchsetzungsvermögen und seine Beharrlichkeit. Er zeigt uns, dass Hindernisse überwindbar sind. Allerdings ist dieser Kampf immer wieder mit Rückschlägen verbunden. Dies kann uns ihm näher bringen. People of Color wissen nur zu gut, welche schmerzhaften Wunden die Erfahrungen von Rassismus hinterlassen können. Diesen Einsichten kann ein Aspekt von Empowerment innewohnen.

Aus den Erfahrungen seiner Arbeit in und mit Gruppen sehen wir, welche Kraft Verbindungen freisetzen können. Wie ich am Anfang sagte, kam der junge Du Bois in den Genuss einer guten Ausbildung. Diese Ressource nutzte er, um sie mit anderen zu teilen.

Ein weiterer, wenn auch weniger schöner Punkt, ist die Tatsache, dass unsere Vorbilder nicht nur glänzende Seiten besitzen. Auch Du Bois zeigte im Hinblick auf die Auswahl seiner Mentoren und Professoren in Deutschland einige Ambivalenzen auf. In Anbetracht dessen, dass Du Bois Personen wie Gustav Schmoller, Heinrich von Treitschke und Adolf Wagner bewunderte, kommt schnell die Frage auf, warum eine Person wie Du Bois sich für sie interessierte, obwohl diese doch antisemitische Inhalte äußerten. Auch befürworteten sie die kolonialen Vorhaben Deutschlands.

An dieser Stelle kann von einem Bruch gesprochen werden, auf der einen Seite haben wir den bekennenden Pan-Afrikanisten und Bürgerrechtsaktivisten, auf der anderen Seite eine Person mit einer Vorliebe für Gelehrte, deren politische Haltungen mehr als fragwürdig sind.

Wie können diese beiden Facetten zusammengebracht werden, beziehungsweise sollte man diese zusammenbringen? Der Aktivismus von Du Bois sollte auch im Kontext der Zeit, in der er lebte, gesehen werden. Es bleibt mir der Versuch, ihn zu verstehen oder besser gesagt, der Versuch, die Ambivalenz besser nachvollziehen zu können.

Angesichts dessen, dass sich Du Bois nur für kurze Zeit in Berlin aufhielt, ist es verständlich, dass dieses Zeitfenster nicht dafür gereicht haben kann, um die gesamten Facetten Deutschlandswahrzunehmen.

Die Chance aus unserem Alltag auszubrechen lässt uns mit mehr Abstand eine kritische Haltung zu unserem gewohnten Umfeld gewinnen. Jedoch oft nicht auf das, was uns gerade beheimatet. Dies könnte seine vorbehaltlose Einstellung zu seinen Professoren und ihren Haltungen möglicherweise begreiflich machen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Blickwinkel des Betrachters. Schaut man auf die damalige Situation in den USA, zeigt sich der etablierte staatliche Rassismus von seiner grausamsten Seite. Vergleichsweise schwach könnte dieser dem jungen Du Bois in Deutschland vorgekommen sein. Auch hier ist die Perspektive wichtig. Doch zugleich lässt uns als Person of Color diese Annahme erschauern, da wir uns dies doch schwer vorstellen können.

Du Bois starb im Alter von 95 Jahren, in Accra (Ghana). In seiner neuen Wahlheimat.

### Literatur

Du Bois, William Edward Burghardt (2003): *The Souls of Black Folk, Die Seelen der Schwarzen*. Freiburg.

#### Über die Autorin

Diane Izabiliza, Erzieherin und Studentin der Sozialen Arbeit. Studentische Mitarbeiterin an der Alice Salomon Hochschule und in diesem Rahmen im IFAF Projekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“.

### Erinnerungsorte der asiatischen Diaspora

Von Smaran Daya und Noa Ha

Die Geschichte der asiatischen Diaspora in Deutschland verweist scheinbar augenfällig auf eine geographische Referenz wie den asiatischen Kontinent. Bei näherer Betrachtung erscheinen unter dieser Referenz unterschiedlichste gesellschaftliche und kulturelle Formationen die unter „Asien“ imaginiert werden. Sie sind im Zuge der Kolonialisierung entstanden und dienten sowohl der Auskunft über die Anderen als auch der Verständigung über das Europäische Eigene. Daher stellt die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak in ihrem Text „Our Asias: How to Be a Contingentist“ (2007) fest:

The word ‚Asia‘ reflects upon Europe’s eastward trajectory. It is impossible to fix the precise moment when „Europe“ became a proper name for a real and affective space as it is impossible to fix the moment when a „European“ first used the name „Asia“. (Spivak 2007: 209)

Daher bringt eine Beschäftigung mit der asiatisch-deutschen Geschichte Zeitpunkte und Orte in den Vordergrund, die auf die verwickelte Geschichte von Kolonialismus, Weltkrieg und Nationenbildung verweisen, die in den großen nationalen Narrationen nur am Rande oder in Fußnoten erzählt werden. Im Folgenden wendet sich dieser Beitrag einer marginalisierten Geschichte zu, die wir hier ins Zentrum und gegen hegemoniale Geschichten stellen wollen.

Wir Autor/innen besitzen sehr unterschiedliche biographische und geographische Bezüge zu Asien in Europa. Dennoch erfahren wir Rassifizierung als „asiatische Menschen“ und daher ist die asiatisch-deutsche Diaspora für uns ein wichtiger Raum der eigenen Geschichten: Für diesen Beitrag wählen wir als Anfangspunkt unserer Geschichte einen Ort, der am Rande von Berlin liegt – in Zossen-Wünsdorf. Dieser Ort erzählt die Geschichte von zwei Kriegsgefangenenlagern, die im Ersten Weltkrieg errichtet und für Propagandazwecke genutzt werden sollten. Es handelt sich hierbei um das „Halbmondlager“ und das „Weinberglager“. Die Geschichte ihrer Entstehung reflektiert nicht nur die Ziele der Lager und die Interessen der Kriegführenden, sondern auch derjenigen, die gefangen gehalten wurden und warum sie zu Gefangenen wurden.

### Das Propagandalager „Halbmondlager“ in Zossen-Wünsdorf

Die Propagandalager wurden 1914 vom deutschen Kaiserreich für die Unterbringung von „orientalischen“ Kriegsgefangenen errichtet, die größtenteils aus Süd- und Zentralasien sowie Nordafrika und, im Fall von muslimischen Tataren und Georgiern, aus dem Wolga-Gebiet des russischen Kaiserreiches und dem Kaukasus stammten. Die Kriegsgefangenen der Deutschen waren Soldaten der britischen und französischen Kolonialmächte sowie des russischen Kaiserreiches, die aus deren kolonisierten Gebieten kamen und in Europa auf der Seite der alliierten Mächte (Frankreich, Großbritannien,



Russland, Italien, usw.) gegen die Mittelmächte (Deutsches Kaiserreich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich, Bulgarien) kämpften. Der Erste Weltkrieg verursachte die größte südasiatische Migrationswelle nach Europa: über 1,2 Millionen Südasiaten nahmen an Kämpfen in verschiedenen Kriegsgebieten des Weltkriegs teil (vgl. Roy et al. 2011: 3). Davon waren 15% oder 140.000 Soldaten zu irgendeinem Zeitpunkt in Europa stationiert (vgl. Ahuja: 19). In den deutschen Kriegsgefangenenlagern wurden laut britischen und deutschen Urkunden ungefähr 1.000 südasiatische Soldaten und 1.000 Zivilisten interniert. (ibid. 20)

Das „Halbmondlager“ wurde als Propagandalager für „orientalische“ Kriegsgefangene eingerichtet (ein Teil davon wurde zum „Inderlager“). Das erklärte Ziel der Lager war die Politisierung der internierten indischen und muslimischen Gefangenen, um sie zu einem nationalistischen bzw. religiösen Kampf gegen die britischen und französischen Kolonialherren zu animieren. Hierfür wurde ihnen eine bauliche Infrastruktur für religiöse Zwecke hergerichtet, wie z.B. der Bau der Moschee - bei der es sich im Übrigen um die erste Moschee in Deutschland handelte. Darüber hinaus wurde eine Propagandazeitschrift, „Hindustan“, in Hindi und Urdu vom Auswärtigen Amt (durch die „Nachrichtenstelle für den Orient“, kurz NfO) (vgl. Liebau: 101) und auf Arabisch unter dem Titel „Al Dschihad“ für die nordafrikanischen Kriegsgefangenen veröffentlicht. Das übergeordnete Ziel dieser Propagandamagazine war die Destabilisierung der

britischen und französischen Kolonien in Asien und Afrika. Hierfür suchten die Deutschen unter den Kriegsgefangenen Kollaborateure, um anti-britische Aufstände in Indien zu initiieren, die für die eigenen außenpolitischen Zwecke benutzt werden sollten (vgl. Liebau, 103). Um die Soldaten für sich zu gewinnen, wurden in den Magazinen Ideologien von Nationalismus und Pan-Islamismus mobilisiert (vgl. Liebau: 117/8). Die Herrichtung der Lager sollte die indischen Offiziere und Soldaten motivieren, Widerstand gegen die Briten zu leisten.

Neben den außenpolitischen Interessen, die sich in der Ausstattung der Lager und der Erschaffung von Propagandamedien zeigte, erregten die Internierten bei den Anthropologen der nahegelegenen Universitäten großes Interesse. In den Lagern wurden von 1915 bis 1917 verschiedene anthropologische Studien und Untersuchungen angefertigt, die bis in die heutige Zeit in den Archiven der Humboldt-Universität gelagert werden (z.B. das Lautarchiv). Einige prominente Wissenschaftler konnten hier ihre Grundsteine für ihre anthropologischen und linguistischen Karrieren legen, wie z.B. Felix von Luschan, Heinrich Lüders und Egon von Eickstedt. Letzterer spielte beispielsweise später als Professor an der Universität Breslau eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Rassen-theorien der Nationalsozialisten, auf der die Nürnberger Gesetze von 1935 basierten (vgl. Kamenev et al.: 253). Von Eickstedt führte von Dezember 1916 bis März 1917 anthropologische Studien in den Wünsdorfer Lagern für seine Dissertation durch,

die Körpermessungen an 1.784 Menschen in 16 deutschen Kriegsgefangenenlagern beinhaltet (vgl. Lange: 161/3).

Ein Beispiel von Handlungsmacht seitens der Soldaten ist in der Rezeption der Propaganda-Lektüre zu sehen. So stellte Eugen Mittwoch, Direktor der NfO, frustriert fest, dass diese keine bemerkenswerte Wirkung auf die Meinung der Gefangenen haben, obwohl manche Magazine z.B. die „Weekly War Reports“ gerne gelesen wurden (vgl. Liebau: 122). Eine andere widerständische Praxis bestand darin, dass die Gefangenen im Rahmen der anthropologischen Studien falsche Informationen über sich selbst preisgaben, oder sie versuchten in diesem Rahmen vorgenommene Messungen zu vermeiden (vgl. Lange: 163), um die Studien zu unterlaufen.

### Beziehungslinien des Lagers vom Kolonialismus zum Holocaust

Diese doppelte, fast schon schizophrene Politik der Zuwendung zu den Gefangenen durch Propaganda bei gleichzeitiger Distanzierung durch anthropologische Studien, gibt einen ersten Einblick in die politische Gemengelage und die deutschen Kolonialinteressen im Ersten Weltkrieg. Erst 30 Jahre zuvor hatten sich auf der „Berliner Konferenz“ die europäischen Kolonialmächte getroffen und sich den afrikanischen Kontinent wie einen Kuchen untereinander aufgeteilt, um sich die dortigen Ressourcen zu sichern. Die Geschichte der Propagandalager verweist aber auch auf Vorbereitungen nationalsozialistischer Rassetheorien, wie

die anthropologischen Studien und Karrieren der Wissenschaftler belegen. Daher sehen wir in diesem deutschen Geschichtsstück und dem Ort der Propagandalager ein Beispiel für die Verbindungen zwischen dem europäischen Kolonialismus und der nachfolgenden rassistischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten, die sich hier auf äußerst ambivalente Weise zwischen Propaganda und Observation äußert.

Wir danken Heike Liebau für ihre freundlichen Anmerkungen.

### Literatur

- Ahuja, Ravi. 2011. „Lost Engagements? Traces of South Asian Soldiers in German Captivity, 1915-1918.“ In ‘When The War Began, We Heard of Several Kings’: South Asian Prisoners in World War I Germany. Ed. Franziska Roy, Heike Liebau, Ravi Ahuja. New Delhi: Social Science Press. 17-52.
- Kamenev, Nikolay, Laura Sinn, Benjamin Zachariah. 2011. „Short Biographies.“ In ‘When The War Began, We Heard of Several Kings’: South Asian Prisoners in World War I Germany. Ed. Franziska Roy, Heike Liebau, Ravi Ahuja. New Delhi: Social Science Press. 250-61.
- Lange, Britta. 2011. „South Asian Soldiers and German Academics: Anthropological, Linguistic and Musicological Field Studies in Prison Camps.“ In ‘When The War Began, We Heard of Several Kings’: South Asian Prisoners in World War I Germany. Ed. Franziska Roy, Heike Liebau, Ravi Ahuja. New Delhi: Social Science Press. 149-84.

- Liebau, Heike. 2011. "The German Foreign Office, Indian Emigrants and Propaganda Efforts Among the 'Sepoys'." In 'When The War Began, We Heard of Several Kings': South Asian Prisoners in World War I Germany. Ed. Franziska Roy, Heike Liebau, Ravi Ahuja. New Delhi: Social Science Press. 96-129.
- Roy, Franziska und Heike Liebau. 2011. "Introduction." In 'When The War Began, We Heard of Several Kings': South Asian Prisoners in World War I Germany. Ed. Franziska Roy, Heike Liebau, Ravi Ahuja. New Delhi: Social Science Press. 1-14.
- Spivak, Gayatri Chakravorty. 2007: Other Asias. Malden, MA: Blackwell Publ.

### Über die Autor/innen

Smaran Dayal studierte Anglistik/Amerikanistik und Europäische Ethnologie an der Universität Freiburg. Derzeit führt er sein Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin weiter und arbeitet am Zentrum Moderner Orient in einem Forschungsprojekt.

Noa Ha ist Stadtforscherin am Center for Metropolitan Studies, Technische Universität Berlin. Dort lehrt und forscht sie zu Fragen des postkolonialen Urbansimus aus einer feministischen und rassismuskritischen Perspektive.

## Historische Drehscheiben in Berlin

Dogan Akhanlı

### Geteilte Erinnerungsräume – Geschichten von Flucht, Exil und Verfolgung in der Berliner Hardenbergstraße

Eine im Aufbau befindliche Internetseite will zukünftig an sechs nummerierten Stationen und mit sieben Exkursen zu weiteren Orten entlang der Hardenbergstraße wenig bekannte Aspekte der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts erfahrbar machen. In der Einleitung der Seite heißt es, „die unterschiedlichen Schicksale der Anwohner vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus ermöglichen Einblicke in die historischen Beziehungsgeflechte des 20. Jahrhunderts. Dieser Stadtrundgang möchte zum Kennenlernen der Geschichten einladen und zur Diskussion und zum Nachdenken über Erinnerungskultur anregen.“

### Entlang der Hardenberg Straße

Entlang der Berliner Hardenbergstraße kreuzen sich mehrere Geschichten von Flucht, Exil und Verfolgung, die uns ermöglichen, die armenisch-deutsch-türkischen Beziehungsgeschichten in Bezug auf Nationalsozialismus und den Genozid an den Armeniern zu erzählen.

Die Hardenbergstraße liegt zwischen der Gedächtniskirche und dem Ernst Reuter Platz in Berlin-Charlottenburg. Dort steht

im Schatten des Bahnhofs Zoologischer Garten das Amerika Haus (Hausnummer 20, die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Hausnummern), vor dem während der 68'er Bewegung immer wieder Student/innen demonstrierten. Dort wurde Talaat Pascha, ein jungtürkischer Funktionär, späterer Innenminister und Großwesir des Osmanischen Reiches, 1921 durch den Armenier Soghomon Tehlirian erschossen (37). Dort verübte Cemal Kemal Altun, ein türkischer Asylsuchender, 1993 aus Angst vor seiner Abschiebung Selbstmord (22). Ernst Reuter, Sozialdemokrat, Verkehrs- und Kommunalexperte und 1936-46 im türkischen Exil, danach Berliner Oberbürgermeister, fand hier nach seiner Rückkehr nach dem Krieg seine erste Wohnung (35). In der Nähe lebte die türkisch-jüdische Familie Behar bis zum 12. Dezember 1942 (Kantstrasse 154a).

### **„Mördermord“ und Völkermord: Soghomon Tehlirian & Talaat Pascha**

Nach dem Verhandlungsprotokoll des Prozesses im Falle der Ermordung Talaat Paschas, der am 2. und 3. Juni 1921 in Berlin stattfand, wohnte Talaat Pascha in der Hardenbergstraße Nummer 4 und wurde am 15. März 1921 auf der Straße von dem armenischen Studenten Soghomon Tehlirian erschossen, der selbst in dem gegenüber liegenden Haus mit der Nummer 37 wohnte. Beide Häuser wurden im Krieg zerstört.

Am 15. März 1921 gegen Mittag verließ Talaat sein Wohnhaus und ging auf dem

rechten Bürgersteig in Richtung Zoologischer Garten. Als er vor dem Haus mit der Nummer 17 ankam, dort wo sich heute die Industrie- und Handelskammer befindet, erschoss Soghomon Tehlirian Talaat Pascha, warf die Waffe weg und floh in Richtung Fasanenstraße. Als Passanten sich auf ihn warfen und ihn überwältigten, verteidigte Tehlirian sich mit den Worten: „Ich bin Armenier, er ist Türke. Was haben die Deutschen damit zu tun!“ (Hofmann 2000)

Tehlirian war kein Einzeltäter, wie er als Angeklagter vor Gericht am 2. und 3. Juni 1921 in Berlin behauptete, sondern ein Mitglied des armenischen Kommandos „Operation Nemesis“, das die Täter des Genozids an den Armeniern verfolgte und tötete. Sein erstes Opfer war Harutiun Mugerditchian, der als Armenier die Liste der Deportierten am 24. April 1915 für den Polizeipräsidenten in Istanbul erstellt hatte. Tehlirian wurde bei dem Mordprozess vom Vorwurf eines Tötungsdeliktes mit der Begründung „Unzurechnungsfähigkeit“ freigesprochen. Das Verbrechen an den Armeniern führte bereits 1919 zu dem ersten Völkermordprozess in Konstantinopel.

Am 15. Juli 1919 wurden Talaat, Enver, Cemal und Dr. Nazim in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Insgesamt wurden vor den Kriegsgerichten 17 Todesurteile ausgesprochen, von denen schließlich drei vollstreckt wurden. Die Täter, die sich mit deutscher Hilfe ins Ausland bzw. nach Berlin geflüchtet hatten, wurden jedoch später von den armenischen Attentätern erschossen. Am 6. Dezember 1921 wurde der ehemalige

Großwesir Said Halim in Rom, am 21. Juli 1922 Cemal Pascha in Tbilisi (Tiflis) liquidiert. Zeitgleich wurden im April 1922 der Chef der türkischen Sondereinheiten „Teschkilat-ı Mahsusa“, Dr. Bahaddin Şakir, sowie der Polizeipräsident und „Henker von Trabzon“, Cemal Azmi, auf der Uhlandstraße in Berlin erschossen. Ihre Gräber befinden sich heute noch auf dem türkischen Friedhof in Neukölln. Talaats sterbliche Überreste wurden auf Initiative zweier hochrangiger türkischer Beamter, Haluk Pepeye und Selahatdin Korkut, am 20. Februar 1943 in einem Schnellzug nach Istanbul gebracht, wo Talaat fünf Tage später in einem Staatsbegräbnis auf dem Ehrenfriedhof „Denkmal der Freiheit“ (türk.: Abide-i Hürriyet) am „Hügel der Ewigen Freiheit“ (türk.: Hürriyet-i Ebediyye Tepesi) im Istanbuler Stadtteil Şişli beigesetzt wurde. (Bali 2006, Hofmann Aga)

Das Wort „Genozid“ tauchte erstmalig 1944 in einem Buch des Juristen Raphael Lemkin auf. Benutzt man heute den Begriff „Genozid“, bezieht man sich auf die Wortschöpfung Raphael Lemkins. Vor allem seinem Einsatz ist die Existenz der „Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ geschuldet, die 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die Türkei, die durch den Völkermord an den Armeniern letztlich die Begriffsbildung „Genozid“ verantwortet, verleugnet bis heute den Genozid.

2006 gründeten Nationalisten und Ultranationalisten eine Initiative namens „Talaat

Pascha Offensive“ und wollten im März durch die Hardenbergstraße marschieren um Talaat zu ehren. „Nimm Deine Fahne und eile nach Berlin!“ lauteten die Anzeigen des Komitees Talaat Paschas in europäischen Ausgaben vieler türkischer Zeitungen. „Wir gedenken mit Hochachtung Talaat Paschas, der die Voraussetzungen zum Sieg im Befreiungskrieg schuf.“ - so die Erklärung des Komitees Talaat Pascha. Sie versuchten, türkischstämmige Einwanderer in Deutschland zu mobilisieren. Da sie ausgesprochen aggressiv agierten, entschieden sich von Tag zu Tag mehr türkische Organisationen dazu, von der Aktion Abstand zu nehmen. Zusätzlich legten sie den Kranz an eine falsche Stelle, und zwar nicht dort, wo Talaat Pascha ermordet wurde, sondern auf dem Steinplatz vor dem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Dieses Vorgehen wurde von der deutschen Öffentlichkeit als Missbrauch des Denkmals auf dem Steinplatz empfunden.

### **Selbstmord: Cemal Kemal Altun**

Vor dem ehemaligen Berliner Verwaltungsgericht (20), das unmittelbar gegenüber dem Bahnhof Zoologischer Garten lag, fand der türkische Exilant Cemal Kemal Altun den Tod. Heute befindet sich dort ein Mahnmal für ihn. Auf beiden Seiten des Mahnmals ist – einmal in deutscher, einmal in türkischer Sprache – zu lesen: „Cemal Kemal Altun stürzte sich am 30. August 1983 als politischer Flüchtling hier aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts aus Angst vor Auslieferung in den Tod. Politisch Verfolgte müssen Asyl erhalten.“ Das Denkmal wurde im Jahr

1996 von der damaligen Bezirksbürgermeisterin Berlin-Charlottenburgs, Monika Wissel, enthüllt.

Altun floh im November 1980 nach dem Militärputsch in der Türkei über die Balkanländer und die DDR nach West-Berlin und beantragte dort wenige Monate später politisches Asyl. (Seibert 2008) Zur gleichen Zeit berichteten die türkischen Zeitungen, die türkischen Behörden beschuldigten ihn, an der Ermordung eines türkischen Politikers beteiligt gewesen zu sein. Als der Staatsschutz von seinem Antrag erfuhr, schaltete er das BKA ein. Das BKA informierte Interpol in der Türkei und fragte an, ob ein Auslieferungsantrag gestellt werde. Noch am selben Tag übermittelte die türkische Regierung einen Haftbefehl gegen Altun. Am 21. Februar 1983 bewilligte die Bundesregierung die Auslieferung Cemal Altuns an die Türkei, in deren Militärdiktatur dem jungen Türken jedoch der „Tod durch unmenschliche Haftbedingungen, Folter oder Hinrichtung“ (amnesty international) drohte. Die Auslieferung wurde durch die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg zunächst aufgehoben und das

Oberverwaltungsgericht Berlin sollte am 29. August 1983 klären, ob Altun der türkischen Militärregierung ausgeliefert werden könne. Die Verhandlung fand im sechsten Stock des Oberverwaltungsgerichts statt. Am zweiten Verhandlungstag lief Altun, nachdem ihm die Handschellen geöffnet wurden, auf ein offenes Fenster im Gerichtssaal zu und stürzte sich 25 Meter hinunter.

Cemal Kemal Altun wurde sechs Monate nach seinem Tod vom Gericht das Asylrecht zugesprochen. Sein Grab liegt auf dem Dreifaltigkeitskirchhof III in Berlin-Mariendorf. (Gross & Thomas 2003)

### „Hier Wohnte Familie Behar / Deportiert 1942“

An der Ecke Fasanenstraße und Kantstraße, vor dem Haus Nummer 154a gibt es vier Stolpersteine, die in Erinnerung an die Familie Behar verlegt wurden. Nissim, Lea, Alegrina und Jeanne Behar wurden am 14.12.1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Als die Stolpersteine 2003 verlegt wurden, ging man jedoch noch von Riga als Deportationsort aus. Der überlebende Sohn und Bruder Isaak Behar hat in seinem Buch „Versprich mir, dass du am Leben bleibst“. Ein jüdisches Schicksal, Berlin 2002, die Geschichte seiner Familie aufgeschrieben.

Die Eltern von Isaak Behar kamen 1915 aus Istanbul nach Berlin, weil „sie sich vor den Feindseligkeiten fürchtete[n], denen im Osmanischen Reich lebende Minderheiten – Griechen, Armenier und Juden – zunehmend ausgesetzt waren“ (Behar 2002: 21)

1939 lebten im Deutschen Reich und Österreich 263 türkische Jüdinnen und Juden, 101 davon in Berlin. Ausbürgerungen von Jüdinnen und Juden waren Ende der 1930er Jahre traurige Realität in der Türkei. Die Behars hatten von anderen türkische Juden gehört, dass sie ihre Pässe nie wieder gesehen hätten. Wie Isaak Behar in seiner Biografie berichtet, habe die deutsche Regierung gefordert, ihre türkische Staats-

bürgerschaft überprüfen zu lassen.

Wie befürchtet, wurden ihre Pässe abgenommen. Erst bekamen sie einen deutschen Fremdenpass mit dem Vermerk: „Staatsangehörigkeit: Türkei“, später „Staatsangehörigkeit: ungeklärt“ und noch später wurden sie „staatenlos“ erklärt.

An jenem Sonntag, dem 14. Dezember 1942 war Isaak Behar unterwegs, als die Gestapo die anderen Familienmitglieder in der Wohnung verhaftete. Sie wurden erst zum Bahnhof Grunewald gebracht, später mit dem 57. so genannten Osttransport nach Auschwitz deportiert und dort direkt nach der Ankunft ermordet.

Isaak Behar gelang es in der Zwischenzeit, unterzutauchen. Bis zum Ende des Krieges war er in Berlin als sogenanntes U-Boot auf der Flucht. Nur durch die Unterstützung vieler Helfer und Helferinnen konnte er überleben.

Seine türkische Staatsbürgerschaft wurde ihm in den 1950er Jahren zunächst wieder anerkannt. Später entschied er sich jedoch für die deutsche Staatsbürgerschaft und lebte weiterhin in Berlin. Er engagierte sich ab 1988 als Zeitzeuge und traf regelmäßig Schüler/innen, Studierende und auszubildende Polizist/innen. Im April 2011 verstarb er im Alter von 87 Jahren in Berlin.

Das Schicksal der Familie Behar war keine Ausnahme. über 3.000 türkische Juden und Jüdinnen wurden während des Holocausts ermordet. (Gutstadt 2008) Es muss also als ein Mythos in der türkischen Geschichtsschreibung bezeichnet werden, dass türkische

Diplomaten tausende jüdischer Menschen in Europa während des Zweiten Weltkrieges retteten. Von einem türkischen Diplomaten, Selahattin Ülkümen, weiß man jedoch, dass er 1944, während der deutschen Besatzung, 42 Menschen das Leben rettete. Bei ihm handelt es sich um den einzigen türkischen Bürger, der als „Gerechter der Völker“ anerkannt wurde und für den es einen Baum in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gibt.

Ein ausführlicher Artikel mit didaktischen Reflexionen zum Rundgang in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit auf der Grundlage der ersten pädagogischen Praxiserfahrungen folgt in der Mai-Ausgabe dieses Magazins.

## Literatur

- Akçam, Taner: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung. Hamburg 1996.
- Bakırdöğen, Ayhan: „Die Türkei als Exilland während der Zeit des Nationalsozialismus“, Neue Zürcher Zeitung, 20./21., Mart 1999.
- Bali N., Rifat: Toplumsal Tarih sayı: 150, Haziran 2006.
- Behar, Isaak: Versprich mir, dass du am Leben bleibst, Berlin 2002.
- Gross, Paul; Jens-Uwe Thomas: Zuflucht gesucht, – den Tod gefunden, Berlin 2003.
- Gust Wolfgang: Völkermord an den Armeniern. Die Tragödie des ältesten Christenvolkes der Welt. Carl Hanser Verlag, München 1993.

- Guttstadt, Corry: Die Türkei, die Juden und der Holocaust, Assoziation A, Berlin 2008.
- Heinsohn, Gunnar: Lexikon der Völkermorde, Reinbek 1998.
- Hofmann, Tessa (Hg.): Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht. Der Prozeß Talat Pascha. Im Auftrag der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1980.
- Hosfeld, Rolf: Operation Nemesis, KIWI, Köln 2005.
- Kieser, Hans-Lucas; Schaller, Dominik J.: Völkermord im historischen Raum. In: Kieser, Hans-Lucas; Schaller, Dominik J. (Hg.): Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah. The Armenian Genocide and the Shoah. Zürich 2002, S. 11-80.
- Kieser, Hans-Lukas: Die armenische Tragödie. In: Weltwoche, Ausgabe 42/2006.
- Kux Ulla: „dass Völkermord ein Verbrechen ist“ - Eine Erinnerung an Raphael Lemkin. 2005.
- Lemkin, Raphael: “Genocide as a Crime under International Law”. In: American Journal of International Law”, Ausgabe 1/1947, S. 145-151.
- Lemkin, Raphael: Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation, Analysis of Government, Proposals for Redress, Washington D.C. 1944.
- Sassounian, Harut: Lemkin Discusses Armenian Genocide in Newly-Found 1949 CBS Interview. In: The California Courier Dec. 8, 2005.
- Schütz, Klaus: “Ernst Reuter - die Leitfigur im Freiheitskampf”, 26. September 2003.
- Seibert, Niels: Ein staatlich betriebener Selbstmord. Cemal Altun und Proteste gegen Auslieferungen, Münster 2008.
- Verein aktives Museum (Hg.): Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945, Ausstellungskatalog, Verlag wie Hg., Berlin 2000.

### Über den Autor

Doğan Akhanlı ist Schriftsteller und lebt seit 1992 in Köln. Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 ging er in den Untergrund, 1985-87 saß er als politischer Häftling im Militärgefängnis von Istanbul.



### Osteuropäische Jüdinnen und Juden in Berlin

Von Ingolf Seidel

„Die Ostjuden haben nirgends eine Heimat, aber Gräber auf jedem Friedhof. Viele werden reich. Viele werden bedeutend. Viele werden schöpferisch in fremder Kultur. Viele verlieren sich und die Welt. Viele bleiben im Getto und erst ihre Kinder werden es verlassen. Die meisten geben dem Westen soviel, wie er ihnen nimmt. Manche geben dem Westen mindestens soviel, wieviel er ihnen nimmt. Das Recht, im Westen zu leben, haben jedenfalls alle, die sich opfern indem sie ihn aufsuchen.“ (Roth 2014: 7f)

#### Jüdische Migration

Der Essay „Juden auf Wanderschaft“, aus welchem das einführende Zitat des in Ostgalizien geborenen Joseph Roth stammt, beschreibt das Gefühl von Zerrissenheit und Verlorenheit von Jüdinnen und Juden aus dem Osten Europas. Diejenigen, die sich auf den Weg nach Berlin machten, kamen in der Regel ursprünglich nicht um zu bleiben. Etliche jüdische Migrant/innen besaßen Durchreisevisa und sahen die Stadt als Durchgangsstation auf ihrem Weg weiter nach Westen. Viele jedoch strandeten hier, vor allem in der Gegend des ehemaligen Scheunenviertels, zwischen dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz, damals Bülowplatz, der Alten Schönhauser Straße, und in Charlottenburg, das so die Bezeichnung Charlottengrad erhielt.

Im Jahr 1925 lebten 41.465 osteuropäische Jüdinnen und Juden in Berlin (Heid 2012). Die Bezeichnung „Ostjuden“ wurde durch einen ihrer Fürsprecher, den Schriftsteller Nathan Birnbaum, geprägt und später popularisiert. In diesem Zuge stellte er nicht nur eine Verkürzung dar, die aus einer Vielfalt von religiösen, nicht-religiösen, kommunistisch, anarchistisch oder konservativ gesinnten Jüdinnen und Juden mit höchst unterschiedlichen Berufen eine homogene Gruppe konstruiert. Sondern er verweist darüber hinaus auf zwei starke Ressentiments: auf einen Antislawismus gegenüber „dem Osten“ und nicht zuletzt auf den Antisemitismus.

Gekommen waren die osteuropäischen Migrant/innen seit den 1880er Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie waren auf der Flucht vor antisemitischen Pogromen, Zwangsrekrutierungen, russischer Sondergesetzgebung, Bürgerkrieg, bitterer Armut und Perspektivlosigkeit. Während des Ersten Weltkriegs wurde die jüdische Bevölkerung im besetzten Russisch-Polen mit der Aussicht auf Arbeit in der deutschen Rüstungsindustrie und der Aussicht auf Familiennachzug umworben; 30.000 Menschen folgten diesem Ruf nach Deutschland. Infolge des Zerfalls der Vielvölkerstaaten und der Zunahme von Pogromen nahm die Migration nach Westen und damit nach Berlin, das geografisch günstig lag, bis 1925 zu. Dennoch waren von den 175.000 Jüdinnen und Juden, die 1925 in Berlin lebten, gerade mal rund ein

Viertel Ausländer oder Staatenlose, da viele Menschen aufgrund von Antisemitismus und Weiterreisemöglichkeiten, aber auch wegen ihres unsicheren Aufenthaltsstatus die Stadt wieder verließen oder verlassen mussten.

### Das Scheunenviertel

Für viele wurde die damalige Grenadierstraße, heute Almstadtstraße zum Anlaufpunkt. In der ärmlichen Gegend mit ihren engen Straßen und Gassen war ein reges jüdisches Leben entstanden. Für die Wahl des Wohnortes in Berlin spielten für die jüdischen Migrant/innen zwei Aspekte eine wichtige Rolle: „rechtliche Rahmenbedingungen – wie die Ende des 19. Jahrhunderts im Berliner Vorort Charlottenburg weniger restriktiv gehandhabte Zuzugspolitik gegenüber russischen Juden – und pragmatische Erwägungen wie die Nähe zu bestehenden jüdischen Einrichtungen“ (Saß 2012: 62). In Charlottenburg fanden vor allem städtische Intellektuelle, die vor der bolschewistischen Revolution geflohen waren, eine vorläufige Heimat. Mit wahlweise romantisierenden oder antisemitisch-stereotypisierenden Sichtweisen hatte das Leben im Scheunenviertel wenig gemein. Die Gegend war mit 1.477 Personen je Hektar das am dichtesten besiedelte Stadtviertel Berlins (Saß 2012: 63). Sie war eines der ärmsten Quartiere der Stadt. Die Enge in den Wohnungen sorgte dafür, dass sich das soziale Leben auf die Straßen verlagerte. Ein Teil der Eingewanderten versuchte seine angestammte Lebensweise beizubehalten. Während die deutsch-jüdische

Orthodoxie sich durch die Einwanderung vieler frommer Jüdinnen und Juden eine Verstärkung der Jüdischkeit versprach, empfanden die in der Mehrzahl weitgehend assimilierten deutschen Juden die Zugewanderten als eine Infragestellung oder gar Bedrohung ihrer Existenz. „Die Ostjuden galten als roh und schmutzig, laut roh, unsittlich, kulturell rückständig – Angehörige des Ghettos, das Gegenbild des ‚modernen‘, emanzipierten und akkulturierten Juden. Die Antisemiten verknüpften den Begriff mit der Gesamtheit der deutschen Juden (...)“ (Helas 2000). In Albert Einstein fanden die osteuropäisch-jüdischen Migrant/innen einen wichtigen Fürsprecher. Obwohl viele jüdischen Migrant/innen ihre Traditionen beiseite warfen, wurden die „Ostjuden“ zu einem beachtenswerten Faktor jüdischen Lebens in Berlin. In der Wirtschaftskrise wurde das Scheunenviertel und seine Bewohner/innen eine Projektionsfläche für die Ängste vor sozialem Abstieg und Furcht vor dem ‚Anderen‘, das die Zugewanderten repräsentierten. So fand im Jahr 1923 im Scheunenviertel ein Pogrom, statt, das seinen Ausgangspunkt in einer Hungerrevolte hatte. Dabei wurden Menschen, die jüdisch waren oder dafür gehalten wurden, geschlagen und beraubt, sowie Wohnungen und Geschäfte geplündert. „Die Juden wehrten sich, es gab mehrere Tote und später zwei Prozesse. Der Fleischer Geselle Silberberg aus der Hirtenstraße, der den Angreifern mit einem großen Beil entgegengetreten war, um Menschen, die sich in den Laden geflüchtet hatten, zu schützen, wurde angeklagt.

Die Polizei hatte zuerst weggeschaut und dann vor allem Juden zur Polizeiinspektion geschleppt. Vor Gericht mussten sich zwei Polizisten für ihre üblen Sprüche auf dem Hof der Inspektion verantworten, das waren der Polizist Domei und Polizei-Hauptmann Dubbe. Die 1925 durchgeführten Prozesse gegen diese beiden Polizisten und einige ihrer Kollegen verliefen im Sande. Auch der Fleischer Silberberg wurde nicht bestraft.“ (Helas 2000) Trotz antisemitischer Übergriffe waren Polizeirazzien die größte Bedrohung für die vielen Jüdinnen und Juden, die häufig nur über eine Duldung und mithin einen prekären Aufenthaltsstatus verfügten.

### Fehlende Erinnerung im Stadtraum

Heute erinnert wenig an die osteuropäisch-jüdische Präsenz, obwohl es eine intensive Forschung dazu gibt. Die breitere Öffentlichkeit weiß wenig über osteuropäisch-jüdische Dichter und Schriftsteller wie Moshe Kulbak oder David Bergelson, die Berlin in Richtung Sowjetunion wieder verließen - letzterer nachdem die Nationalsozialisten 1933 seine Wohnung durchsuchten - und dort letztlich ermordet wurden (Klingenstein 2011). Keine Hinweistafel weist auf die 19 Betstuben in der damaligen Grenadierstraße hin. Auch an das Krakauer Café und die koschere Konditorei der Familie Kempfer in der heutigen Almstadtstraße 15 erinnert, wie an viele andere Orte, nur eine Webseite des Jüdischen Museums Berlin. Die aus Galizien stammende Familie Kempfer wanderte schließlich 1933 angesichts des zunehmenden Antisemitismus nach

Palästina aus. Ähnlich sieht es im Berliner Westen und dem Bezirk Charlottenburg aus. Zwar ist das Romanische Café in einem Hotelneubau neu eröffnet, doch auch hier fehlt ein von außen sichtbarer Hinweis auf seine Geschichte als Künstlertreffpunkt, der sich als „Industriegebiet der Intelligenz“ (...) stadträumlich mit dem ‚Charlottengrad‘ der russischen Revolutionsflüchtlinge“ überschneidet (Bienert 2012: 82). Die osteuropäisch-jüdische Präsenz in Berlin endete mit dem Nationalsozialismus. Im Rahmen der sogenannten Polenaktion wurden zehntausende osteuropäische Jüdinnen und Juden in das Niemandsland zwischen Polen und Deutschland abgeschoben. Die dort herrschenden menschenunwürdigen Zustände und das Schicksal seiner Familie veranlasste den jungen Herschel Grynszpan am 7. November 1938 zu einem Attentat auf den deutschen Diplomaten von Rath, welches den Nationalsozialisten einen Vorwand für die Inszenierung der nachfolgenden Novemberpogrome lieferte.

### Literatur

- Michael Bienert: Nomadenstadt und Menschenwerkstatt. Das literarische Berlin der Weimarer Republik, in: Jüdisches Museum Berlin (Hg.): Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren, Göttingen, 2012.
- Ludger Heid: Das Ostjudenbild in Deutschland, in: Julius H. Schoeps: Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh 2000.
- Ludger Heid: Berliner Luft. Ostjuden in der deutschen Hauptstadt der Weimarer Jahre, online in: [Jüdische Allgemeine 26. 07.2012](#) (zuletzt eingesehen

26. 02. 2015).

- Horst Helas: „Ein Ghetto mit offenen Toren“, Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 6/2000 (zuletzt eingesehen 26. 02. 2015).
- Horst Helas: Juden in Berlin-Mitte. Biografien Orte Begegnungen, Berlin 2001.
- Jüdisches Museum Berlin: Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren (zuletzt eingesehen 27. 02. 2015).
- Susanne Klingenstein: Erste Anlaufstelle Grenadierstraße, FAZ online, 02.08 2011 (zuletzt eingesehen 26. 02. 2015).
- Joseph Roth: Juden auf Wanderschaft, Wien 2014.
- Anne-Christin Saß: Das Scheunenviertel. Zur Urbanität eines Stadtquartiers, in: Jüdisches Museum Berlin (Hg.): Berlin Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren, Göttingen, 2012.

## Die Erinnerungspolitik Berlins gegenüber der kurdischen Community

Von Schluwa Sama

Der 17. September 2014 bildete für Teile der kurdischen Community in Berlin den Jahres- und Gedenktag des Anschlags auf drei kurdische Politiker: Sadegh Scharfkandie, Fattah Abdoli und Homayoun Ardalán, sowie Dolmetscher Nurullah Mohmadpour Dehkordi, wurden 1992 im ehemaligen Restaurant Mykonos in der Prager Straße 2a in Berlin vom iranischen Geheimdienst ermordet. Seit 1992 versammeln sich Kurden und Kurdinnen jährlich am Jahrestag des Anschlags in der Prager Straße und gedenken diesem Anschlag durch die Niederlegung von Blumen und Kränzen, durch das Singen der kurdischen Nationalhymne und durch Schweigeminuten vor dem ehemaligen Restaurant, das heute leer steht.

Worum geht es dabei? Wofür oder wogegen richtet sich das Gedenken? Inwiefern ist dieses Gedenken in Berlin verankert? Inwiefern ist deutsche Politik und Bürokratie involviert, wie macht sich diese durch Akte des Gedenkens sichtbar bzw. unsichtbar? Im Folgenden sollen einige Reflexionen zu diesem Thema dargelegt werden. Dabei können einige Fragen in diesem Beitrag nicht endgültig geklärt werden, sondern sind Teil einer andauernden Recherche.

### „...Kurd zindua“ – „Kurden werden leben“

Diese Zeile aus der kurdischen Nationalhymne steht beim Gedenken in der Prager Straße 2a im Vordergrund. Mit der jährlichen Zeremonie findet so die Bejahung der kurdischen Identität statt. Diese versteht sich als Antwort auf das Attentat, aber auch auf die systematische Vernichtungspolitik des Irans, sowie der anderen Herkunftsstaaten (Türkei, Irak und Syrien) gegenüber Kurdinnen und Kurden. Gleichzeitig zeigt das Gedenken der Kurdinnen und Kurden in der Prager Straße ihre Verankerung innerhalb Berlins. Eines der Ziele war und ist immerhin, dass dieser Ort von Deutschland als ein Gedenkort anerkannt wird und in die lokale Geschichtsschreibung Berlins und Deutschlands ein-geht.

Die Anerkennung erfolgte 1997, nachdem das Attentat gerichtlich bestätigt wurde, in Form einer Schrifftafel vor dem ehemaligen Restaurant. Darauf wird von deutscher Seite verkündet, dass „(...) der Anschlag gegen die Führung der DPK-I unter Dr. Scharafkandi weder eine Tat von Einzelgängern ist noch seine Ursachen in Meinungsverschiedenheiten oppositioneller Gruppen untereinander hat. Das Attentat ist vielmehr durch die Machthaber des Iran ins Werk gesetzt worden.“

Hier findet eine deutliche Verurteilung des Iran statt. Diese und die Errichtung der

Gedenktafel müssen als Resultat einer deutschen Außenpolitik verstanden werden, in der der Iran international als zu ächten gilt. In diesem Kontext ist es für Deutschland, beziehungsweise das Land Berlin ein Leichtes, den Iran mit der Aufstellung einer solchen Schrifftafel öffentlich zu verurteilen.

Das Gedenken an das Mykonos Attentat ist keineswegs die einzige Initiative von Kurden und Kurdinnen in Berlin, um zu gedenken und Widerstand gegen die Verleugnung und Vernichtung ihrer Identität als Kurdinnen und Kurden zu demonstrieren. Es ist jedoch ein Ort und ein Ereignis, das von Deutschland bzw. in diesem Kontext vom Land Berlin anerkannt wurde. Dies kann als ein Gewinn im Kampf für die Anerkennung und Verankerung der kurdischen Identität in Deutschland gesehen werden, muss aber gleichzeitig kritisch betrachtet werden: Warum wird gerade dieser Ort und dieses Ereignis vom Land Berlin als ein Ort kurdischen Gedenkens anerkannt und dabei gleichzeitig andere Massaker, wie der Giftgasanschlag auf Halabja oder auch die massiven Proteste von Kurdinnen und Kurden im Hinblick auf die kurdische Stadt Kobani in Syrien unbeachtet gelassen? Will man damit nichts zu tun haben? Hat man tatsächlich nichts damit zu tun? Welche Politik steht hinter der selektiven Anerkennung kurdischen Gedenkens durch den deutschen Staat?

Es scheint eine Politik des Schweigens und ‚Unsichtbarmachens‘ der eigenen Verwicklung in globaler Geschichte zu sein. Im speziellen Fall der Kurdinnen und

Kurden scheint Deutschland die eigene Mitschuld an Massakern, wie zum Beispiel den Giftgasangriff auf Halabja im Jahre 1988, unsichtbar oder vergessen machen zu wollen. Dabei ist bekannt, dass die Wirtschaftsbeziehungen unter Helmut Schmidt in den 1970er Jahren zum Irak ausgezeichnet waren, auch der Handel mit kriegsrelevanten Waren florierte: 60 Prozent des Giftgases, das in Halabja benutzt wurde, soll mit deutscher Technik hergestellt worden sein. Ein weiteres Beispiel der deutschen Politik des Schweigens ist, dass es keinerlei Folgen für das versuchte Attentat von irakischen Botschaftsangehörigen im Jahre 1980 auf den kurdischen Studentenverein AKSA in Berlin gab. Die Botschaftsangehörigen wurden stillschweigend freigelassen, eine strafrechtliche Verfolgung blieb aus.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Gedenken der kurdischen Community in Berlin, das zum Jahrestag des Giftgasangriffes jährlich an der Gedächtniskirche oder dem Brandenburger Tor stattfindet, nicht anerkannt. Die kurdische Community in Berlin gedenkt Halabja nichtsdestotrotz. Dabei wird nicht nur gegen das Vergessen der Taten und für die eigene kurdische Identität protestiert, sondern auch gegen eine deutsche Politik des Schweigens und der Schuldabweisung.

Das Brandenburger Tor hat sich in den letzten Monaten – seit den Angriffen von ISIS auf kurdische Gebiete in Syrien und dem Irak – zunehmend als ein Ort des Protests, der Wut und der Ohnmacht von

Kurdinnen und Kurden in Berlin etabliert. Protestiert wird in Berlin also häufig genug, jedoch wird diesem Protest und damit einhergehenden Forderungen nur auf eng fokussierte Art und Weise Beachtung und Anerkennung erwiesen – eben nur dann, wenn es keine kritische Selbstreflexion des eigenen Handelns erfordert.

Besonders im Falle von Kurdinnen und Kurden - einer Gesellschaftsgruppe, die in ihren Herkunftsstaaten als Minderheit kategorisiert wird - ist es essentiell, sich gegen eine selektive, deutsche Anerkennungspolitik zu wehren. Mit dieser Politik Deutschlands konfrontiert liegt es also an Kurdinnen und Kurden, sich in der Ausübung ihrer kurdischen Identität vor Vereinnahmung von ‚außen‘ zu schützen. Dies ist im Kontext einer historisch zurückreichenden ‚Minderheitenpolitik‘ von Kolonialstaaten in den jeweiligen Herkunftsländern von Kurdinnen und Kurden zu sehen. Zu Kolonialzeiten waren es Staaten wie vor allem Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die an der Förderung und Herausbildung der Identitäten von Minderheiten – im Sinne einer ‚teile und herrsche Politik‘ beteiligt waren. Das daraus erwachsende gesellschaftliche Misstrauen unter den verschiedenen Teilen der Gesellschaft diente in vielerlei Hinsicht der Konsolidierung des Herrschaftsanspruches der Kolonialstaaten. Daraus ergibt sich, dass die Konstituierung der kurdischen Identität auch durch koloniale Herrschaftspraktiken bedingt ist. Mit diesem Wissen bedarf es also auch eines ge-

sunden Misstrauens gegenüber der heutigen Anerkennungspolitik Deutschlands.

In diesem Sinne muss zusätzlich hinterfragt werden, inwieweit die selektive Anerkennungspolitik Deutschlands auch patriarchale Strukturen innerhalb der kurdischen Community fördert. Tatsächlich ist es auffällig, dass am Gedenken an das Mykonos-Attentat hauptsächlich Männer mittleren Alters teilnehmen und unter ungefähr 50 Anwesenden nur vier Frauen waren. Zudem wird das Gedenken auch von etablierten kurdischen Parteien, nämlich der KDP-I (Kurdische Demokratische Partei des Iran) und der KDP (Kurdische Demokratische Partei des Irak) organisiert. Die männlichen Vertreter dieser Parteien waren beim Gedenken anwesend. Es stellt sich die Frage, warum eine Veranstaltung, die fast ausschließlich von männlichen Vertretern etablierter, konservativer, kurdischer Parteien organisiert wird, Anerkennung erhält, während andere Proteste, die gesellschaftlich heterogener sind, keine Anerkennung von Seiten deutscher Politik erhalten. Allerdings ist allein schon diese Tatsache Grund genug, hier stutzig zu werden und weitere Fragen zu stellen.

Über die Autorin

Schluwa Sama hat Politik und Wirtschaft des Nahen Ostens studiert. Ihr wissenschaftlicher Fokus liegt dabei vor allem auf dem Irak und der kurdischen Gesellschaft im Irak, Syrien und in Deutschland.

### Präsenz von palästinensischen Migrant/innen im öffentlichen Raum von Berlin - Mitte

Von Shahd Wari

#### Einführung

Die Bedeutung des frei zugänglichen öffentlichen Raumes liegt in den sozialen, gesundheitlichen, psychologischen und ökonomischen Perspektiven, die er den Bewohnerinnen und Bewohnern jeden Alters in urbanen Gebieten bietet (Woolley 2003: 73). Zusätzlich zur persönlichen und kommunalen Bedeutung des öffentlichen Raumes ist dies der Ort, an dem Menschen als Individuen und Gruppen sich selbst verwirklichen und darstellen und ihre Identität durch die Nutzung von Raum ausdrücken und sich als Gruppe zusammenfinden (Neal 2009: 4), dabei Anerkennung suchen (Goheen 1998: 479), und die Chance haben, in ihren Bedürfnissen wahrgenommen zu werden (Ploeg 2006: 2). Somit beeinflusst er die öffentliche Meinung, bzw. dient ihrer Legitimation (Goheen 1998: 481) (im Sinne der Bestätigung der eigenen Wahrnehmung).

Sichtbarkeit wird andererseits durch sichtbare äußere Merkmale von Menschen im öffentlichen Raum definiert. Nach Incirlioglu & Tandogan (1999: 51) fungieren in multikulturellen Städten sichtbare Merkmale als Filter von

#### Widerstand durch Sichtbarkeit

Machtverhältnissen, welche die Mehrheitsgesellschaft nutzt, um das 'Wir' und 'die Anderen', festzulegen. Menschen in der Öffentlichkeit, mit von der Mehrheitsgesellschaft abweichendem sozialen Habitus (z.B. Kleidung, Sprache, Verhalten) werden anhand ihrer wahrnehmbaren Eigenschaften beurteilt, d.h. beispielsweise als „Nicht-Weiße, Muslime, Herkunft aus der „Dritten Welt“ (Lahav 2004: 1161).

Entsprechend ist die Sichtbarkeit solcher Gruppen im öffentlichen Raum durch den Gebrauch ihrer kulturellen und ethnischen Symbole sowie von spezifischen Merkmalen wie „Sprache, Musik, Verhalten, Benehmen, Haartracht, Speisen, Religion, Ritualen, Kleidung, Gebräuchen, Tänzern und weiteren“ (Rapoport 2008: 25) an sich bereits eine Form des Widerstandes gegen Vorurteile, Exklusion und gegen Strukturen, welche Wohnviertel mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten aufgrund der Sichtbarkeit der dort lebenden Menschen stigmatisiert (Hinze 2013: 34-36). Während Quartiere mit hohem Anteil an Zuwanderinnen und Zuwanderern durchaus (tendenziell negativ) als solche von Gesellschaft und Staat wahrgenommen werden, fühlen sich marginalisierte Gruppen von Migrantinnen und Migranten dort auf positive Weise im sozialen Raum unsichtbar und daher nicht fremd: Das ‚Anders-sein‘ tritt, anders als in Wohnvierteln mit niedriger Sichtbarkeit von Migrantinnen und Migranten in den Hintergrund und das Gefühl dazuzugehören und ins Stadtbild zu passen stellt sich ein.

Palästinenserinnen und Palästinenser sind eine spezifische Migrant/innen-Gruppe in Berlin. Ihre kollektive Geschichte in Berlin begann insbesondere in den 1970er Jahren, als sie in größerer Zahl in Gruppen oder Familien vor dem Libanonkrieg flohen. Viele von ihnen erhielten noch keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, sondern erfuhren eine „Duldung“ durch die deutschen Behörden, sodass ihre Abschiebung in den Libanon nach dem Krieg weiterhin im Raum stand. Die Einwanderung von anderen palästinensischen Gruppen war darüber hinaus heterogen: sie kamen aus verschiedenen Ländern und wanderten mit unterschiedlichen Beweggründen ein.

Palästinenserinnen und Palästinenser sind potentiell sichtbar durch ihre objektiv wahrnehmbaren Eigenschaften. Ihre Identität zeigt sich unmittelbar in der Gestaltung von Habitaten und Traditionen. Es ist ein informelles Ringen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit um Präsenz im öffentlichen Raum und dessen Nutzung, der sich in der ‚Übernahme‘ eines Teils diesen Raumes manifestiert, insbesondere in Bezug auf dessen Nutzung für nicht intendierte Zwecke. Diese Aneignung des öffentlichen Raums stellt eine Form von Identitätsbewahrung dar. Gerade für Palästinenserinnen und Palästinenser, die mit einer Duldung in Berlin leben, welche erstens mit unsicherem politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Status leben und zweitens einer heterogenen, d.h. einer durch unterschiedliche Herkunft, Identität und gesell-



schaftliche Hintergründe gekennzeichneten Minderheit angehören, stellen diese Strategien der Sichtbarkeit probate Mittel zur Schaffung und Bewahrung von Identität, gleichzeitig zu ihrer Positionierung in der Mehrheitsgesellschaft dar.

Im Folgenden will ich kurz auf die visuelle Präsenz von Palästinenserinnen und Palästinensern in Berlin eingehen. Dies geschieht sowohl in auf einen spezifischen Zweck ausgerichteten Räumen (Moscheen, Vereinslokale, Gaststätten) als auch in Räumen mit wandelbaren Funktionen (Straßen, Parks, Plätze). In diesem Zusammenhang spielt die Flexibilität im Nutzen dieser Räume eine zentrale Rolle.

Sichtbarkeit im öffentlichen Raum: Palästinensische Symbole sind normalerweise nationaler, politischer oder religiöser Natur. Charakteristisch für alle drei Aspekte sind palästinensische Fahnen, die aus den Fenstern von vielen Wohnungen in Berlin hängen oder Landkarten und Bilder aus Palästina, bspw. der Al-Aksa Moschee an den Wänden von Restaurants. Gleiches gilt für Namen von palästinensischen Geschäften, die sich auf Orte mit Symbolwirkung beziehen. In Mitte z.B. findet man ein Akko Restaurant in der Pankstraße und einen Al-Aksa Frisör in der Beusselstraße, die eine symbolische Verbindung mit der Heimat kreieren.

Übernahme von öffentlichem Raum im ‚intendierten Sinne‘ stellen beispielsweise die Cafés in der Turmstraße dar, in denen Gruppen von unbeschäftigten Männern ihre

Zeit verbringen und im öffentlichen Raum ständig sichtbar sind.

Umwidmung von öffentlichem Raum kann bei politischen und kulturellen Events in Berlin-Mitte beobachtet werden, beispielsweise bei Demonstrationen zum Nahostkonflikt oder anlässlich des Ramadan und des Opferfestes. Ein weiteres Beispiel ist die temporäre Nutzung der Sporthalle im Hauptgebäude der TU Berlin durch mehrere palästinensische, arabische, türkische und kurdische Communities für das Freitagsgebet. Ein Beispiel aus dem Tiergarten-Park zeigt, dass Widerstand durch Umnutzung nicht immer erfolgreich sein muss: Der Park wurde von Migrantinnen und Migranten aus der Türkei, Kurdistan, der arabischen Welt und anderen Gruppen zum Grillen bei Familienausflügen genutzt. Das Grillen wurde dort allerdings 2012 verboten und der Ort dadurch für die meisten dieser Nutzer uninteressant; viele von ihnen fahren stattdessen nach Tempelhof, wo das Grillen weiterhin erlaubt ist.

Entwicklung neuer Nutzungen von öffentlichem Raum: In Mitte kann man ein Beispiel in dem „Haus der Weisheit - Darul Hikma e.V.“ finden. Es handelt sich um eine palästinensische Moschee, mit geschlossenem Kulturverein, einer zweisprachigen arabischen Sprachschule, einer Religionsschule für arabische Kinder und einer Deutsch-Schule für arabische Eltern (der ersten Migrantengeneration). Die Moschee bietet auch kostenlose abendliche Speisungen während des Ramadans an. Es ist also ein neuer öffentlicher Raum, der

mehrere soziale Zwecke erfüllt. Charakteristisch sind auch Männern vorbehaltenen Cafés und Shisha Bars, insbesondere in Vierteln mit hohem Migrantenanteil, die traditionelle soziale Strukturen der Herkunftsländer spiegeln.

### Vermittlung von Wissen

Die fortdauernde Präsenz und Sichtbarkeit von in Berlin lebenden Palästinenserinnen und Palästinensern erzeugt 'Wissen' seitens der Mehrheitsgesellschaft: Die in Berlin-Mitte sichtbaren, arbeitslosen palästinensischen Männer beeinflussen die Wahrnehmung der dort lebenden Bevölkerung und führen zu Generalisierungen und Stereotypisierung, während z.B. palästinensische Studierende im Stadtbild weniger sichtbar sind und entsprechend weniger zur Entwicklung des ‚palästinensischen Images‘ beitragen. Durch Nutzung des öffentlichen Raums erzeugtes subjektives „Wissen“ darf also nicht mit empirisch erfassbarer „Realität“ verwechselt werden.

Weiterhin produzieren Medien und staatliche Stellen auf Basis dieser Sichtbarkeit ständig Informationen über verschiedene gesellschaftliche Gruppen, so auch Palästinenserinnen und Palästinenser in Berlin. Da diese nicht selbstverständlich am Prozess beteiligt werden, kommt es hierbei häufig zu Fehleinschätzungen, bzw. wird die Konzentration von Migrantinnen und Migranten in einzelnen Stadtvierteln als Integrationsunwilligkeit gedeutet, während tatsächlich finanzielle Erwägungen und das Gefühl der Geborgenheit eine weit größere

Rolle spielen. Deshalb ist es zentral, dass Kommunikationswege eröffnet werden, um Palästinenserinnen und Palästinensern (sowie auch allen anderen gesellschaftlichen Untergruppen) eine Beteiligung an der Generierung solchen Wissens zu ermöglichen um unfaire Verkürzungen zu verhindern.

### Fazit

Für Palästinenserinnen und Palästinenser in Berlin ist ein dialektisches Verhältnis zwischen Heterogenität (unterschiedliche geographische und politische Herkunft, unterschiedliche Ursache der Migration, unterschiedlicher individueller und familiärer Status) und politisch-motivierter Homogenität (aktive Bewahrung einer Gesamt-Identität) charakteristisch. Ethnische, politische und religiöse Symbole sind Mittel dazu. Diese bewirken aktiv, aber auch als Nebeneffekt unterhaltensamer Aktivitäten (kultureller Anlässe, privater Feste, familiärer Traditionen und Überlieferungen) eine Bewahrung von Identität als Widerstand gegen Assimilation durch die Mehrheitsgesellschaft. All dies spielt bei der Annahme, Bespielung und Formung öffentlichen Raumes eine Rolle.

### Literatur

- Goheen, P.G., 1998. Public Space and the Geography of the Modern City. *Progress in Human Geography*, 22(4), pp.479-96.
- Hinze, A.M., 2013. *Turkish Berlin: Integration Policy and Urban Space*. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.

- Incirlioglu, E.O. & Tandogan, Z.G., 1999. Cultural Diversity., Public Space, Aesthetics and Power. European Journal of Intercultural studies, 10(1), pp.51-61.
- Lahav, G., 2004. Public Opinion Toward Immigration in the European Union: Does It Matter? Comparative Political Studies, 37(10), pp.1151-83.
- Neal, Z., 2009. Seeking Common Ground: Three Perspectives on Public Space. Urban Design and Planning, 000(DP000), pp.1-8.
- Ploeg, M.V., 2006. Rethinking Urban Public Space in the Context of Democracy and Altruism. Michigan: Calvin College Urban Altruism.
- Rapoport, A., 2008. Some Further Thoughts on Culture and Environment. International Journal of Architectural Research, 2(1), pp.16-39.
- Woolley, H., 2003. Urban Open Spaces. London: Spon Press.

### Über die Autorin

Shahd Wari ist Palästinenserin aus Jerusalem. Sie hat ihren Bachelor in Architektur in Palästina abgeschlossen. An der TU Berlin hat sie ihren Master in Urban Management absolviert und promoviert nun an der TU im Bereich Stadtplanung. Ihre Dissertation beschäftigt sich mit der Nutzung des öffentlichen Raums in Berlin von palästinensischen Migranten/innen.

Unser nächstes Magazin erscheint am 29. April 2015 und trägt den Titel „Kunst und Geschichte. Künstlerischer Umgang mit NS und Holocaust“.

## I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingold Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper, David Zolldan, Olga Gerstenberger

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins erscheint in Kooperation mit dem Projekt „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“ der Alice Salomon Hochschule Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin Postkolonial, Jüdisches Museum Berlin und dem Solidaritätsdienst International. Das Projekt wird gefördert durch das Institut für angewandte Forschung Berlin.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.